Sozialdemokratische Wirtschaftstheorien der Nachkriegszeit

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde
eines Doktors der Staatswissenschaften (Dr. rer. pol.) der
Philologisch-Historischen Abteilung der Philosophischen
Fakultät der Universität Basel

vorgelegt von

KURT LANGER
von Stuttgart

PHILOGRAPHISCHER VERLAG, BASEL 1937

Sozialdemokratische Wirtschaftstheorien der Nachkriegszeit

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde
eines Doktors der Staatswissenschaften (Dr. rer. pol.) der
Philologisch-Historischen Abteilung der Philosophischen
Fakultät der Universität Basel

vorgelegt von

KURT LANGER

von Stuttgart

PHILOGRAPHISCHER VERLAG, BASEL 1937

Genehmigt von der Philologisch-Historischen Abteilung der Philosophischen Fakultät der Universität Basel auf Antrag der Herren Prof. Dr. E. Salin und Prof. Dr. H. Ritschl.

Basel, den 29. Juni 1934.

Prof. Dr. F. Staehelin,
Dekan.

Erklärung.

Ich entspreche einem Wunsche der Herren Referenten, wenn ich ausdrücklich erkläre, daß sie den wissenschaftlichen Charakter meiner Arbeit anerkannt haben, ohne sich hierdurch irgendwie mit den vor mir vertretenen Anschauungen und Urteilen zu identifizieren.

Basel, den 29. Juni 1934.

Kurt Langer.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Gliederung.

Seite

Vorwort IX

Einleitung. Kurzer Überblick über Wesen und Entwicklung der politischen Parteien 1

A. Die SPD vor dem Kriege 4

B. Die SPD nach dem Kriege 7

1. Kapitel. Die politisch-wirtschaftliche Situation 7
2. Kapitel. Die Stellung zum Staat 8
3. Kapitel. Die Stellung zum Marxismus im Allgemeinen 10
4. Kapitel. Die sozialdemokratischen Parteiprogramme 12
   a) Das Görlitzer Programm, 1921 12
   b) Das Heidelberger Programm, 1925 13
   c) Das Kieler Agrarprogramm, 1927 14
5. Kapitel. Die beiden Grundrichtungen der soz. dem. Theorie . 15
   a) Der revidierte Marxismus 16
   b) Der ethische und religiöse Sozialismus 18
      1) Hendrik de Man 19
      2) Eduard Heimann 28
      3) Paul Tillich 31
      4) Max Adler 32
6. Kapitel. Einzelne Wirtschaftstheorien der SPD 34
   a) Lohntheorien 35
      1) Die Stellung zur Verelendungstheorie 35
      2) Die Produktivitätstheorie 40
      3) Die Machttheorie 43
      4) Die neuen Aufgaben der Gewerkschaften („Produktionspolitik“) 49
      5) Die Kaufkrafttheorie 53
      6) Lohn und Rationalisierung 54
      7) Lohn und Kapitalbildung 57
   b) Wert- und Preistheorien 63
      1) Der Ausgangspunkt 63
      2) Die Verneinung der Wertlehre 64
      3) Die objektiv-subjektive Wertlehre 65
   c) „Wirtschaftsdemokratie“ 66
      1) Ursprung und Ausgangspunkt der Idee 66
      2) Wirtschaftsdemokratie und Sozialismus 67

3) Wirtschaftsdemokratie und „Organisierter Kapitalismus“ 70
4) Heimanns Theorie der Sozialpolitik 73
5) Inhalt und Methode der Wirtschaftsdemokratie . . . 74
6) Wirtschaftsdemokratie und Staatsbejahung 75
Zusammenfassung. Die Widersprüche der sozialdemokratischen Theorie 78

Literaturverzeichnis.

I. Bücher.

Adler, M., Kausalität und Teleologie im Streite um die Wissenschaft, in „Marxstudien", Bd. I, Wien 1904.
Marxistische Probleme, Stuttgart 1913.
Das Soziologische in Kants Erkenntniskritik, Wien 1924.
Kant und der Marxismus, 1925.
Über psychologische und ethische „Läuterung" des Marxismus, Berlin 1928.

Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer, Berlin 1926.

Auerbach, N., Marx und die Gewerkschaften, Berlin 1922.

Baade, F., Entwicklungsmöglichkeiten der europäischen Landwirtschaft, Berlin 1928.

Baade, F. und Krüger, H., Erläuterungen zum sozialdemokratischen Agrarprogramm, Berlin 1927.

Beer, M., Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe, Berlin 1931.

Bernstein, E., Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, 1899.

Blach, H., Die Handelspolitik der Sozialdemokratie, Berlin 1931.

Boom, E. van, Sozialdemokratie und Kommunismus, 1929.

Braunthal, A., Die Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaft, Berlin 1927.
Die Wirtschaft der Gegenwart und ihre Gesetze, Berlin 1930.

Briefs, G., Das gewerbliche Proletariat, im Grundriß der Sozialökonomik, 1926, Bd. 9.

David, F., Der Bankrott des Reformismus, Berlin 1932.

Eggert, W., Rationalisierung und Arbeiterschaft, Berlin 1927.

Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik, Denkschrift des ADGB, AFA-Bundes und ADB, Berlin 1926.

Grote, E. Betrachtungen zum sozialdemokratischen Agrarprogramm des Kieler Parteitages, Heidelberg 1930.

Handwörterbuch der Staatswissenschaften.

Heimann, E., Die sittliche Idee des Klassenkampfes und die Entartung des Kapitalismus, Berlin 1926.
Soziale Theorie des Kapitalismus, Tübingen 1929.
Kapitalismus und Sozialismus, Potsdam 1931.
Sozialistische Wirtschafts- und Arbeitsordnung, Potsdam 1932.

Hilferding, R., Das Finanzkapital, Wien 1910.

Kampffmeyer, P., Eduard Bernstein und der sozialistische Aufbau, Berlin 1930.

Kautsky, K., Eduard Bernstein und das sozialdemokratische Programm, 1899.
Die soziale Revolution, Berlin 1902.
Materialistische Geschichtsauffassung, 1928.
Landauer, C., Das Wesen der Wirtschaft, Berlin 1928.
Planwirtschaft und Verkehrswirtschaft, München 1931.
Lederer, E., Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit, Tübingen 1931.
Wege aus der Krise, Tübingen 1931.
Planwirtschaft, Tübingen 1931.
Leipart, Th., Auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie, Berlin 1928.
Lenz, J., Die II. Internationale und ihr Erbe, Berlin 1930.
Linde, H., Lohntheorie und Lohnpolitik der Sozialdemokratie, Wien-Berlin 1931.
Man, H. de, Zur Psychologie des Sozialismus, 1926.
Die Intellektuellen und der Sozialismus, 1926.
Der Sozialismus als Kulturbewegung, 1926.
Antwort an Kautsky, 1927.
Marschak, J., Die Lohndiskussion, Tübingen 1930.
Massar, K., Die volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne, Berlin 1927.
Mennicke, C., Der Sozialismus als Bewegung und Aufgabe, Berlin 1926.
Das Problem der sittlichen Idee in der marxistischen Diskussion der Gegenwart, 1927.
Naphtali, F., Wirtschaftsdemokratie, ihr Wesen, Weg und Ziel, Berlin 1928.
Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, Berlin 1930.
Neumann, S., Die deutschen Parteien, Wesen und Wandel nach dem Kriege, Berlin 1932.
Nölting, Erik, Die Lohnfrage im Lichte der neuen Wirtschaftsentwicklung, Berlin 1927.
Nölting, Erik und Nölting, Ernst, Einführung in die Theorie der Wirtschaft, Berlin 1929.
Nölting, Ernst, Grundlegung und Geschichte der Sozialpolitik, Berlin 1927.
Protokolle der Kongresse des ADGB.
Protokolle der Parteitage der SPD.
Reimann, G., Das deutsche Wirtschaftswunder, Berlin 1927.
Renner, K., Die Wirtschaft als Gesamtprozeß und die Sozialisierung.
Schalldach, E., Rationalisierungsmaßnahmen der Nachinflationszeit im Urteil der deutschen freien Gewerkschaften, Jena 1930.
Sombart, W., Der proletarische Sozialismus, Jena 1924.
Sonter, R., Der neue deutsche Imperialismus, Berlin 1928.
Sozialismus aus dem Glauben, Verhandlungen der sozialistischen Tagung in Heppenheim, Pfingstwoche 1928.
Staatslexikon.
Tarnow, F., Warum arm sein?, Berlin 1929.
Tillich, P., Grundlinien des religiösen Sozialismus.
Die sozialistische Entscheidung, 1933.
Umbau der Wirtschaft, Die Forderungen der Gewerkschaften, Berlin 1932.
Volkswirtschaftliche Vorträge, herausgegeben vom ADGB, 1922.

II. Zeitschriften.

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik.
Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung.
Die Arbeit.
Die Gesellschaft.
Die Neue Zeit.
Gewerkschaftsarchiv.
Neue Blätter für den Sozialismus.
Sozialistische Monatshefte.
Unter dem Banner des Marxismus.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546701_0072

Vorwort.

In der folgenden Arbeit wird versucht, eine Gesamtdarstellung der neueren sozialdemokratischen Wirtschaftstheorien zu geben. Der Zeitabschnitt 1918—1923, der besondere Probleme birgt, ist nur kursorisch behandelt; im wesentlichen liegt die Literatur der Jahre 1925—32 zu Grunde. Gegenstand der Betrachtung ist die Sozialdemokratie als Partei. Außerhalb der Sozialdemokratie stehende Sozialisten sind nicht berücksichtigt. Dagegen wurde Wert darauf gelegt, von den geistigen Strömungen in der Sozialdemokratie ein möglichst umfassendes Bild zu geben. Sozialdemokratische Parteitheoretiker, Hochschullehrer und Gewerkschaftsführer wurden gleichermaßen beachtet.

In der Kritik befleißigte sich der Verfasser insofern der Zurückhaltung, als er versuchte, nicht den eigenen Standpunkt an den Untersuchungsgegenstand heranzutragen, sondern die Theorien auf ihre eigenen Voraussetzungen zu prüfen und an ihren eigenen Zielen zu messen, m. a. W. Beschränkung auf immanente Kritik.

Einleitung.

Kurzer Überblick über Wesen und Entwicklung der politischen Parteien.

Die nationalsozialistische Revolution hat in wenigen Monaten sämtliche politischen Parteien liquidiert. Obwohl sich der Kampf in erster Linie gegen die sogenannten „marxistischen" Parteien richtete, wurde er doch nach dem Verbot der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei nicht als beendet betrachtet. Es zeigte sich, daß es dem Nationalsozialismus nicht nur auf die Vernichtung der ihm entgegengesetzten Arbeiterparteien ankam, sondern auf die Vernichtung des Parteiwesens überhaupt. Das Ende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands fällt daher zusammen mit dem Ende der Epoche der politischen Parteien und des Parlamentarismus in Deutschland.

Das Verhältnis von Parlament und Partei ist ein wahrhaft dialektisches. Die Partei entsteht auf dem Boden des Parlaments, wächst mit innerer Notwendigkeit aus ihm heraus. Geschichtlich existiert die politische Partei nur als Parlamentspartei. Die Widersprüche des Parlamentarismus lassen aber schließlich eine antiparlamentarische Bewegung entstehen, die sich zwar zunächst auch in der geschichtlichen Form der Partei organisiert, die jedoch zum Totengräber des Parlaments wird.

Die nachparlamentarische Form der politischen Partei ist gegenwärtig im nationalsozialistischen Deutschland im Prozeß ihrer Bildung begriffen. Sie läßt sich auch im faschistischen Italien und — auf anderer Grundlage — im bolschewistischen Rußland erkennen.

Für die Entstehung und die geschichtlichen Wandlungen des Parlaments bildet England das geeignetste Anschauungsobjekt.

In England entstand das Parlament zunächst als ein Gegengewicht des Adels gegen die Absolutätsansprüche des Fürsten. Die sich dabei herausbildenden parlamentarischen Gruppen, die Whigs

und Tories, waren dementsprechend ursprünglich nichts anderes als Adelscliquen.

Mit dem Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Demokratisierung des Wahlrechts bilden sich die parlamentarischen Gruppen, obwohl das Zweiparteiensystem bestehen bleibt, vollständig um. Die eine Gruppe macht sich zum Sprachrohr der aufstrebenden Bourgeoisie und zum Verfechter der bürgerlichen Freiheiten, während der grundbesitzende Adel immer mehr in die Defensive gedrängt wird und sich mit seinem einstigen Gegenspieler, dem Königtum, zu einer konservativen Politik vereinigt.

In Deutschland entstehen Parlamente erst im 19. Jahrhundert unter dem Druck des aufsteigenden Bürgertums, das auf diesem Wege zu politischer Gleichberechtigung zu kommen strebt.

In den einzelstaatlichen Landtagen bilden sich dabei lose Gruppen — die Anfänge des deutschen Parteiwesens.

Schärfer ausgeprägte Fraktionen zeigen sich erst 1848 in der Frankfurter Nationalversammlung. (Klerikale, Konservative, gemäßigte und radikale Demokraten: Republikaner.).

In den 60 er Jahren werden die ersten Ansätze zu einer besonderen politischen Organisation der Arbeiterschaft gemacht, nachdem wenige Jahre vorher bereits die ersten Gewerkschaften entstanden waren.

Die Gewerkschaften wie die Arbeiterparteien haben ihre gesellschaftlichen Wurzeln in dem mit der Entwicklung des modernen Kapitalismus anschwellenden Industrieproletariat.

Während sich in England, das in seiner industriellen Entwicklung Deutschland um rund 30 Jahre voraus war, die Arbeiterbewegung in der Form der Gewerkschaften und Konsumvereine stark entfaltete, sollte in Deutschland die Parteiorganisation zur größten und mächtigsten der Welt werden.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands ist als ein Kind des parlamentarischen Zeitalters entstanden. Der Gedanke, der ihre Gründer beseelte, war der, die Arbeiter aus dem Rahmen der bürgerlich-demokratischen Parteien, in deren Gefolge sie sich befanden, loszulösen und in einer spezifischen Arbeiterpartei zu organisieren.

Diese Arbeiterpartei sollte den politischen Willen der Arbeiterschaft innerhalb des Parlaments in geschlossener und wirksamer Weise zum Ausdruck bringen.

Als Hauptaufgabe ergab sich zunächst der Kampf um ein all-

gemeines gleiches Wahlrecht, das die Arbeiter aus ihrer politischen Unmündigkeit befreien sollte.

Als dann in den folgenden Jahrzehnten Wählerstimmen und Parlamentsmandate der Sozialdemokratischen Partei immer mehr anwuchsen, entstand in der Sozialdemokratie die Vorstellung, man müsse die Mehrheit im Parlament erringen; damit sei die Staatsmacht erobert. Das Phantom der 51 Prozent begann in den sozialdemokratischen Köpfen zu spuken. Das Parlament wurde zum Fetisch.

Der politische Inhalt der Parteibewegung wurde ihrem äußeren Umfang zum Opfer gebracht.

So kam es, daß die Sozialdemokratische Partei trotz des äußeren Anwachsens, das sich bis zum Kriege und noch während des Krieges fortsetzte, an innerer Kampfkraft immer mehr verlor.

Als nach der Revolution von 1918 die Macht der Sozialdemokratie zufiel, benutzte sie diese nicht, um nun ihre Ziele durchzuführen, sondern um Parlamentswahlen zu veranstalten und dann resigniert festzustellen: Ja, wir können nichts machen, es fehlen uns zur Macht noch 8 Prozent!

In der aus einem starren mechanischen Demokratismus entspringenden Scheu vor der Machtergreifung und in dem Irrglauben, daß ihr mit der Mehrheit im Parlament die Macht automatisch zufallen müsse, liegt zum großen Teil die Ursache der politischen Mißerfolge und letzten Endes des Unterganges der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

A. Die SPD vor dem Kriege.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat von ihrer Gründung in Eisenach bis zu ihrem Ende im Jahre 1933 zwei Generationen, einen Zeitraum von nahezu 70 Jahren überdauert.

Es kann nicht daran gezweifelt werden, daß der jetzige Untergang der Sozialdemokratie endgültig ist. Die politischen und sozialen Ideen jedoch, die durch das Wirken der Sozialdemokratie zur Geltung kamen, nehmen ihren Platz in der Geschichte der Ideen und Theorien ein und ihre Nachwirkung ist auch heute, wo es keine Sozialdemokratie mehr gibt, noch festzustellen — sei es, daß altes sozialdemokratisches Gedankengut außerhalb der Sozialdemokratie lebendig geblieben ist, sei es, daß die heute herrschenden politischen Ideen erst als antithetische Negation vorhergegangener geistiger Strömungen verständlich werden.

Für die Ideologie der sozialdemokrastischen Partei wurden in ihrer Entstehungsperiode die „Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus" M a r x und L a s s a l l e bestimmend.

Lassalles historische Bedeutung liegt vor allem auf politisch-organisatorischem Gebiet. Er war es, der in seinem „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein" am erfolgreichsten die Idee der Loslösung des Proletariats von den bürgerlichen Parteien und seine Organisation als selbständige Klassenpartei verwirklichte. Als wichtigstes Ziel galt ihm der Kampf um ein allgemeines, gleiches Wahlrecht als mächtigstes Mittel des Proletariats in seinem Kampf um die politische Macht.

Lassalles Gegensatz zu Marx ergab sich vor allem aus seiner positiven Stellung zum Staat, die u. a. in der Louis Blanc entnommenen Idee der staatlich subventionierten Produktivgenossenschaften zum Ausdruck kam.

Die Lassalle'sche Hinneigung zum Staat scheiterte schon an der ablehnenden Haltung des damaligen Staates selbst, sodaß der Boden für den staatsverneinenden Sozialismus Marx'scher Richtung günstig war.

Der Marxismus, zuerst durch Bebel in der „Sozialistischen

Arbeiterpartei“ vertreten, begann indessen erst nach dem Einigungskongreß in Gotha 1875 sich in der Sozialdemokratie durchzusetzen.

In den 70 er Jahren hatte die Sozialdemokratie bereits einen so starken — und nach Ansicht der Regierung schädlichen — Einfluß auf die Arbeiterschaft, daß sich Bismarck 1878 zum Verbot der Partei entschloß.

Das 12 Jahre dauernde Verbot hat den Masseneinfluß der Partei nicht gebrochen. Die ersten Wahlen nach Aufhebung der Sozialistengesetzes brachten eine Verdreifachung der Stimmenzahlen.

Die der Partei durch das Sozialistengesetz auferlegte Illegalität hatte zweifellos eine radikalisierende Wirkung. Die Revolutionierung der Partei und ihre Durchsetzung mit Marx'schen Gedankengängen fällt gerade in die Jahre des Sozialistengesetzes. Seit 1882 betätigte sich Karl Kautsky mit Erfolg in dieser Richtung. Er gründete 1883 die „Neue Zeit“, das erste Organ zur Verbreitung des Marxismus. Das von Kautsky verfaßte Programm des Erfurter Parteitages (1891) ist das marxistischste aller sozialdemokratischen Programme und lehnt sich weitgehend an das Kommunistische Manifest an.

Die in den 90 er Jahren aufkommende Strömung des Revisionismus weist bereits auf die fernere Entwicklung der Partei hin. Eingeleitet wurde die revisionistische Ära durch den bayrischen Parteiführer Georg von Vollmar, der bald nach dem Fall des Sozialistengesetzes aus der Tatsache der neugewonnenen Legalität die Konsequenz zog, die Partei müsse nun den bürgerlichen Staat anerkennen und durch Bündnispolitik auf dem Wege über Reformen den allmählichen Übergang zum Sozialismus erstreben.

Seinen entwickeltsten Ausdruck findet der Revisionismus in der 1899 erschienenen Schrift Eduard Bernsteins über „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“. Hier greift Bernstein den Marxismus in seinen Grundlagen an. Gestützt auf den Aufschwung der deutschen Wirtschaft, der von Lohnsteigerungen begleitet war, greift Bernstein die Marx'schen Konzentrations- und Verelendungsprognosen an. Er polemisiert gegen den revolutionären Klassenkampf und fordert, daß die Sozialdemokratie eine „demokratisch-sozialistische Reformpartei“ werde.

Die Parteiführung unter Bebel und Kautsky bemüht sich nach

Kräften, die Bernsteinschen Attacken zurückzuweisen. Auf den Parteitagen gelingt dies auch. Aber der Einfluß des revisionistischen Flügels war doch schon so stark, daß die praktische Politik der Sozialdemokratie von ihm beherrscht wird. Es ergibt sich dabei ein wachsendes Auseinanderklaffen von Theorie und Praxis.

B. Die SPD nach dem Kriege.

Da der Gegenstand dieser Arbeit nicht eine geschichtliche Darstellung der sozialdemokratischen Politik ist, sondern eine engumgrenzte Untersuchung neuerer sozialdemokratischer Wirtschaftstheorien, brauchen wir auf die Parteigeschichte nicht näher einzugehen. Es kam uns nur darauf an, die politische und theoretische Situation der Sozialdemokratie vor dem Krieg kurz zu umreißen. Vergegenwärtigen wir uns nun den historischen Hintergrund der später darzustellenden Theorien.

1. Kapitel.

Die politisch-wirtschaftliche Situation.

Man mag die Haltung der Sozialdemokratie bei Kriegsausbruch als ein Erwachen oder einen Zusammenbruch betrachten, es handelte sich jedenfalls um eine Stellungnahme, welche die Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Staat und die vorläufige Zurückstellung der sozialistischen Kampfziele in sich schloß. Wohin der damit eingeschlagene Weg führen würde, wußte man nicht. Dies mußte schließlich auch von dem Ausgang des Krieges abhängen. Ein schnell und siegreich beendeter Krieg hätte wohl zu einer Stärkung und Festigung der bestehenden bürgerlichen Ordnung und ihrer Regierungsgewalt geführt. Es ist nicht anzunehmen, daß ein siegreich aus dem Kriege hervorgegangenes deutsches Kaiserreich der Sozialdemokratie irgendwelche Konzessionen gemacht hätte. Der langandauernde, opferreiche Kampf dagegen zwang die Regierung, um der Massenstimmung entgegenzukommen, ein Stück Demokratie nach dem anderen in die Verfassung einzubauen.

Als der Sozialdemokratie dann schließlich die Macht in die Hand fiel,[1]) hatte sie weder einen Sozialisierungsplan, noch über-

[1]) Vgl. dazu die Äusserung des Sozialdemokraten Heimann: „Die deutsche Sozialrevolution von 1918 war nicht durch einen positiven revolutionären Willen, sondern lediglich durch den kriegerischen Zusammenbruch herbeigeführt; die führenden Schichten und Parteien der Revolutionsjahre verdanken ihre Stel-

haupt den festen Willen zu sozialisieren. Viel beherrschender war die Vorstellung, die politische Errungenschaft, die Republik, gegen „das bolschewistische Chaos" verteidigen zu müssen. Um dieses Ziel zu erreichen, waren die sozialdemokratischen Führer gerne bereit, mit dem republikanischen Bürgertum zu paktieren. Der völligen Unklarheit über die wirtschaftspolitischen Ziele auf Seiten der Sozialdemokratie entsprachen aber sehr festumrissene Maximen bei dem bürgerlichen Koalitionspartner, und so konnte es nicht ausbleiben, daß die Sozialdemokratie in dieser Partnerschaft letzten Endes den kürzeren zog.

Das deutsche Bürgertum verstand es sehr gut, die Sozialdemokratie so in Staat und Wirtschaft einzubauen und an der Führung zu beteiligen, daß der Grundcharakter derselben unverändert blieb, und doch in den Arbeitermassen das Bewußtsein entstehen konnte, daß dieser Staat, — „den Junkern entrissen", — ihr Staat und diese Wirtschaft, — „der kapitalistischen Willkür entzogen", — ihre Wirtschaft geworden sei.

2. Kapitel.

Die Stellung zum Staat.

Die neue staatspolitische Stellung der Sozialdemokratie ließ eine Reihe neuer „Staatstheorien" entstehen, die auf verschiedene Weise die positive Stellung zum Staat rechtfertigen.

Hilferding begründet die Wendung zur Staatsbejahung aus der neuen Stellung der Gewerkschaften als staatlich anerkanntem Tarifvertragspartner.

> „Die Produzentenorganisationen — sagt Hilferding — fühlen sich als die eigentlichen Träger des Staates, ihre Bürokratie insbesondere als für den Staat unentbehrliche Organe, als gleichberechtigt der Staatsbürokratie . . . Aus der Staatsferne rücken so die Arbeiter gerade während des Krieges in Staatsnähe, erfüllt mit einer außerordentlichen Stärkung ihres Machtbewußtseins und ihrer politischen Bedeutung . . ."
>
> „Die Arbeiterschaft betrachtet die Republik als ihr

lung nicht der eigenen überlegenen Kraft, sondern rückten lediglich in ein vorübergehend entstandenes Vakuum ein." (Grundriß der Sozialökonomik, Bd. 1, 2. Aufl. 1924, S. 184.)

Werk, sie ist Träger dieser Staatsform, die ohne ihre leidenschaftliche Unterstützung und Verteidigung unmöglich wäre.“ [2])

Der einstige „Gralshüter des Marxismus“ Karl Kautsky versucht in möglichster Anlehnung an marxistische Terminologie eine Theorie und Rechtfertigung der Koalitionspolitik zu liefern.

Kautsky sagt, nach der Novemberrevolution sei in Deutschland ein gewisser Gleichgewichtszustand der Klassen eingetreten. Das Proletariat vermöge nicht die politische Herrschaft allein zu gewinnen, aber seine Position sei zu stark, als daß irgendeine bürgerliche Klasse ihre Herrschaft im Gegensatz zum Proletariat behaupten könnte. „In diesem Stadium würde durch das Streben nach einer eigenen Klassenregierung jede geordnete Staatsverwaltung und damit auch ein gedeihliches ökonomisches Leben ganz unmöglich. Staat und Gesellschaft und alle ihre Teile, das Proletariat mit einbegriffen, müßten in die äußerste Notlage geraten.“ Zwischen der Zeit des rein bürgerlich und des rein proletarisch regierten Staates liege eine Periode der Umwandlung des einen in den anderen. Dem entspreche auch eine politische Übergangsperiode, deren Regierung in der Regel eine Form der Koalitionspolitik zur Grundlage habe. [3])

Auf einem anderen Wege gelangt Erik Nölting zu demselben Ziel.

Nölting konstruiert unter Berufung auf Auguste Conte ein „Dreistadiengesetz des Sozialismus.“ [4]) Das ideologische Ausgangsstadium gehe über in die organisatorisch-oppositionelle Epoche, die ihrerseits in das Zeitalter der konstruktiveren Verwirklichung einmünde. An die Stelle der agitatorischen und parteipolitischen trete die staatsmännische Politik. Bedrohe die erste Epoche die Gefahr eines fruchtlosen Radikalismus, so drohe hier die Gefahr der Verbürgerlichung, der opportunistischen Verflachung. Auch in dieser Epoche könne es vorkommen, daß die Partei in die Opposition geht. Aber die Opposition sei nicht mehr grundsätzlich, sondern nur noch ein taktisches Mittel. So trage in dieser Epoche

---

[2]) Hilferding im Geleitwort der ersten Nummer der „Gesellschaft“, Heft 1, 1924.

[3]) Zitiert bei: Paul Kampffmeyer, Eduard Bernstein und der sozialist. Aufbau, Berlin 1930, S. 53.

[4]) Erik Nölting, Das Dreistadiengesetz des Sozialismus, „Die Gesellschaft“, 2. Jahrg. 1925, № 1.

jede vorübergehend eingenommene Opposition auf ihrem Grunde doch die stille Bereitschaft zur Rückkehr und tätigen Anteilnahme.

Kennzeichnend für die verschiedenen Varianten der sozialdemokratischen Staatstheorie ist die Ersetzung der Marx'schen Staatstheorie durch eine demokratische.

Während Marx den Staat stets als einen Klassenstaat betrachtet, der nur durch bewaffneten revolutionären Kampf von der unterdrückten Klasse erobert werden kann, ist der Staat für die Sozialdemokratie ein über den Klassen stehendes Gebilde, dessen Wirksamkeit durch die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse bestimmt wird. Infolge der zahlenmäßigen Überlegenheit der Arbeiter ist die Arbeiterklasse in der Lage, sich auf dem Wege über die parlamentarische Demokratie in den Besitz der Staatsmacht zu setzen. Die Sozialisierung kann dann durch staatlich-gesetzlichen Akt erfolgen.

> „In dem Maße, wie sich der schroffe Klassencharakter des Staates entspannt, wird er aus einem Instrument der Repression zu einem Instrument sozialer Wirtschaftsgestaltung und Wohlfahrtsförderung. Zu der alten Kampffront Arbeit gegen Kapital tritt die neue: demokratischer Staat gegen kapitalistische Wirtschaft, wobei für die Arbeiterschaft die größeren Erfolgschancen ohne Zweifel auf dieser neuen Front gegeben sind . . . Der Weg der Wirtschaftseroberung führt über die zuvor erfolgende Eroberung des Staates." [5])

3. Kapitel.

Die Stellung zum Marxismus im Allgemeinen.

Die sich praktisch vollziehende Loslösung vom Marxismus [6]) wurde der Sozialdemokratie nach dem Kriege erschwert durch das Vorhandensein einer radikalen kommunistischen Partei, in der sich der abgesplitterte linke Flügel der alten sozialdemokratischen Partei gesammelt hatte, und die unentwegt die alten revolutionären

[5]) Erik Nölting — Ernst Nölting, Einführung in die Theorie der Wirtschaft, Berlin 1929.

[6]) Vgl. Briefs, Das gewerbliche Proletariat, Grundriß der Sozialökonomik, Bd. 9, 1926, S. 143 ff: „Unter dem Einfluß der gewerkschaftlichen Ideen und Bestrebungen . . . , neuestens unter der Wirkung der Nachkriegserfahrungen tritt die Spannung des proletarischen Wesens gegen den (marxistischen) Sozialismus

Losungen in die Massen schleuderte und so für die Sozialdemokratie eine ständige Bedrohung darstellte.

Die latente Gefahr, ihre Anhängerschaft an die Kommunisten zu verlieren, wurde für die Sozialdemokratie jeweils am akutesten in den Zeiten wirtschaftlicher Krisen, wo die Arbeiter an den ihnen entgegengehaltenen sozialen Errungenschaften zu zweifeln begannen und dazu neigten, in radikales Fahrwasser zu geraten.

Es zeigte sich hierbei, daß die hartnäckige jahrzehntelange Erziehung der deutschen Arbeiterschaft in marxistischem Sinne dazu geführt hat, daß der Marxismus bis zu einem gewissen Grade im politischen Denken der deutschen Arbeiterschaft festgewurzelt ist. [7])

Dieser Erscheinung kann mit verschiedenen Mitteln begegnet werden.

Der Nationalsozialismus versucht gegenwärtig, den in der deutschen Arbeiterschaft festgewurzelten Marxismus durch eine umfassende Erziehungsarbeit auszurotten. Dabei kann auf diktatorische Maßnahmen und eine weitgehende Einschränkung der vom Liberalismus bis zur Selbstverneinung geduldeten geistigen Freiheit nicht verzichtet werden. Nach Äußerungen nationalsozialistischer Führer sind diese sich bewußt, daß es ein langwieriger Prozeß sein wird, bis auf diesem Wege der letzte Rest marxistischen Denkens ausgerottet ist.

Die Sozialdemokratie, die ebenfalls vor der Aufgabe stand, dem eingewurzelten marxistischen Denken entgegenzuwirken, hat in der Regel nicht den Mut gehabt, dies offen zu tun. Man war offenbar von der Furcht gehemmt, durch eine offene Preisgabe des Marxismus die Parteianhänger dem Kommunismus zuzutreiben. So wählte man — da doch die einmal verfolgte Politik mit den herkömmlichen Begriffen des Marxismus nicht vereinbar war — den Weg, neuen Wein in alte Schläuche zu füllen, d. h. man behielt

---

deutlich hervor . . . Damit beginnt . . . das proletarische Problem sein sozialistisches Element auszuscheiden. Diese Entwicklung vollzog sich unter dem starken Einfluß der Schriftsteller des sozial-reformerischen Kreises."

[7]) Sombart schreibt über die Wirkung der soz. dem. Propaganda vor dem Kriege: „Zweifellos hat die SD breite Massen des deutschen Volkes mit marxistischem Denken und Fühlen durchsetzt, hat sie vor allem weitesten Kreisen das Gift des Klassenkampfes eingeimpft, hat sie weitesten Kreisen die Ideologie des Klassenkampfes eingepflanzt. Es wird kein Kulturland der Welt geben, in dem die breiten Massen so feindlich der Staats- und Vaterlandsidee gegenüberstehen, in dem das öffentliche Leben so vergiftet ist, wie in Deutschland. Und das ist das Werk soz. dem. Propaganda." (Zitiert im „Staatslexikon", IV. Bd., Artikel „Sozialdemokratie".)

äußerlich das Marx'sche Schema und die Marx'sche Terminologie bei, versah sie aber mit anderen Inhalten. So wurde eine fast unbegrenzte Elastizität in der Sache erreicht, während die Form doch starr blieb. So konnte das Schlagwort vom „lebendigen Marxismus" entstehen, das den Kritikern entgegengehalten wurde, die zugleich den Tadel „Dogmatiker" auf sich nehmen mußten. Dieses eigenartige Schauspiel, daß man es nicht wagt, von einem System, das man in Wirklichkeit längst verlassen hat, auch öffentlich abzurücken, wird später im einzelnen aufzuzeigen sein.

4. Kapitel.

Die sozialdemokratischen Parteiprogramme.

Wenn allgemein gesagt werden kann, daß die sozialdemokratische Theorie der Nachkriegszeit die konsequente Fortentwicklung des Revisionismus der Vorkriegszeit ist, charakterisiert durch die innere Abkehr vom Marxismus bei gleichzeitigem Festhalten an den äußeren Formen desselben, so wäre es doch falsch, anzunehmen, daß die moderne sozialdemokratische Theorie ein einheitliches Ganzes darstellt.

Eine der Wandlungen der sozialdemokratischen Partei besteht gerade in der verschiedenen Einstellung zur Theorie überhaupt. War mit Erfurt der Kampf um eine einheitliche Parteitheorie, von der Abweichungen nicht geduldet wurden, zum beherrschenden Moment geworden, so zeigt sich in der Nachkriegszeit eine große Mannigfaltigkeit der Auffassungen, die indessen nicht als Schwäche empfunden wird, da die Sozialdemokratie in einer starren Theorie nur eine Fessel für ihre reformistische Politik erblicken würde.

Dementsprechend sind schon die Parteiprogramme der Nachkriegszeit weniger scharf formuliert, sie erlauben eine freiere Auslegung, die Bedeutung des Programms überhaupt tritt zurück.

a) Das Görlitzer Programm, 1921.

Das Erfurter Programm, das durch die Ereignisse seit 1914 längst überholt war, wurde erst 1921 auf dem Parteitag in Görlitz durch ein neues Programm ersetzt.

> „Für die Gesamthaltung desselben ist zunächst festzustellen, daß es bei ihm einmal galt, dem Agitationsbedürfnis

der Partei, sowie dem psychologischen Umstande, daß die Massen, die rund drei Jahrzehnte die Erfurter Arbeiterfibel gelesen hatten, nicht so schnell umzulernen pflegen, Rechnung zu tragen." [8])

Vom Klassenkampf ist zwar noch die Rede, aber er wird mehr als historische Tatsache festgestellt, als für die Gegenwart gefordert. Die Partei will im Görlitzer Programm nicht mehr, wie vor dem Kriege, die Klassenpartei des Proletariats sein; sie nennt sich „die Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land. Sie erstrebt die Zusammenfassung aller körperlich und geistig Schaffenden, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind, zu gemeinsamen Bekenntnissen und Zielen, zur Kampfgemeinschaft für Demokratie und Sozialismus."

Die Partei will nicht mehr ausschließliche Arbeiterpartei sein, sondern zu einer Volkspartei auf breitester Basis werden.

Darum ist auch die Stellung zum Mittelstand eine ganz andere. Im Erfurter Programm ist von den Bauern und Handwerkern als untergehenden Schichten, denen höchstens in Verbindung mit der Arbeiterklasse noch zu helfen sei, die Rede. Im Görlitzer Programm werden positive Hilfsmaßnahmen für die kleinen Bauern und Handwerker gefordert.

Von einer Sozialisierung im Sinne einer „Vergesellschaftung der Produktionsmittel" ist im Görlitzer Programm nichts zu finden. Dagegen spricht man von einer „Gemeinwirtschaft", und zwar wird gefordert eine „Überführung der großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe in die Gemeinwirtschaft und darüber hinaus die fortschreitende Umformung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen Wirtschaft".

b) Das Heidelberger Programm, 1925.

Das Görlitzer Programm blieb nur vier Jahre in Kraft. Als die „Unabhängigen" sich 1922 wieder mit den „Mehrheitssozialisten" vereinigten, wurde die Ausarbeitung eines neuen Programms beschlossen, das im Jahre 1925 auf dem Parteitag in Heidelberg angenommen wurde.

Dieses Heidelberger Programm kommt den agitatorischen Bedürfnissen wieder weiter entgegen, ohne indessen inhaltlich zu den entscheidenden Fragen klar Stellung zu nehmen.

[8]) Emil van den Boom, Die sozialdemokratische Partei im Lichte ihrer Programme, 1926.

Es findet sich im Heidelberger Programm ein Passus über „die sich verschärfenden Klassenkämpfe". Damit dies nicht im Sinne eines revolutionären Kampfes ausgelegt werde, wurde diese Formulierung auf dem Parteitag ausführlich erläutert.

Scheidemann erklärte:

„Die Verschärfung des Klassenkampfes schließt natürlich nicht aus, daß der Kampf in zivilisierten Formen geführt wird . . . Die Einrichtungen einer demokratischen Verfassung bieten auch die Möglichkeit, in den notwendigen Klassenkämpfen gewaltlose Entscheidungen zugunsten des arbeitenden Volkes herbeizuführen."

Und Hilferding ergänzte:

Daß die Klassenkämpfe immer schärfer werden, „bedeutet . . . selbstverständlich nicht, daß diese in immer knüppelhafterer Form ausgetragen werden müssen. Nein, gerade die Demokratie erlaubt es, die Klassengegensätze in der Form der politischen Demokratie auszutragen."

c) Das Kieler Agrarprogramm, 1927.

Neben dem allgemeinen Heidelberger Programm wurde erst 1927 auf dem Parteitag in Kiel ein gesondertes Agrarprogramm vorgelegt und angenommen.

Dieses Agrarprogramm ist bemerkenswert durch seinen völligen Bruch mit den herkömmlichen marxistischen Vorstellungen.

Der Einfluß neusozialistischer Schulen, wie Oppenheimers und der Bodenreformer ist unverkennbar.

Das Programm bricht vollkommen mit dem Konzentrationsgesetz in der Landwirtschaft. In der Landwirtschaft sei eine auf allen Produktionsgebieten wirksame Überlegenheit irgend einer Größenkategorie nicht vorhanden, infolgedessen seien einschneidende Veränderungen zwischen den einzelnen Größenklassen landwirtschaftlicher Betriebe weder in der Vergangenheit vor sich gegangen, noch in absehbarer Zukunft zu erwarten. Eine auf Hebung der landwirtschaftlichen Gesamtproduktivität und -rentabilität bedachte Agrarpolitik dürfe daher nicht auf die Bevorzugung bestimmter Betriebsgrößenklassen gerichtet sein.

Das Agrarprogramm stellt zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität eine Reihe von Forderungen auf, wie sie ähnlich auch in bürgerlichen Parteiprogrammen zu finden sind. (Aus-

bau des landwirtschaftlichen Bildungs- und Berufsberatungswesens, Bodenverbesserungen, Seuchen- und Schädlingsbekämpfung, Pflege des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens u. ä. m.).

Während es Kautsky einst [9]) als Hauptaufgabe der sozialdemokratischen Agrarpolitik bezeichnet hatte, die Landarbeiter zu gewinnen und zu organisieren und die Bauern lediglich zu neutralisieren und im übrigen dem Proletarisierungsprozeß zu überlassen, steht nach dem Kriege die Gewinnung der Bauern im Vordergrund.

Die beiden Verfasser des Agrarprogramms, Dr. Baade und Dr. Krüger, gehen von „produktionspolitischen" und sozialpolitischen Gesichtspunkten aus. Unter Produktionspolitik wird möglichste Produktionssteigerung verstanden, als Aufgabe der Sozialpolitik in der Landwirtschaft wird Bauernschutzpolitik und Siedlung betrachtet.

> „Die Agrarfrage ist eine Frage der Ernährung des ganzen Volkes und eine Frage der Arbeitsbeschaffung für einen großen Teil der städtischen Bevölkerung." [10])

Das Agrarprogramm ist zu einem Zeitpunkt entstanden, in dem die große Agrarkrise begann und stellt den sozialdemokratischen Vorschlag zur Lösung der aktuellen Probleme dar.

Wie in der allgemeinen Wirtschaftspolitik, so orientiert sich die Sozialdemokratie auch in der Agrarfrage nicht an einem einheitlichen System, sondern reiht ekklektisch opportunistische Programmpunkte aneinander.

5. Kapitel.

Die beiden Grundrichtungen der sozialdemokratischen Theorie.

Die skizzierte politische Entwicklung, durch welche die Sozialdemokratie in ein positives Verhältnis zu Staat und Wirtschaft in ihrer bestehenden Form kam, stellte die Parteitheorie vor die Aufgabe, den realen praktischen Bedürfnissen der sozialdemokratischen Politik eine theoretische Grundlage zu geben. Nur aus

[9]) Zur Agrarfrage, 1899.

[10]) Baade, Erläuterungen zum sozialdemokratischen Agrarprogramm, Berlin, 1927, S. 18.

dieser apologetischen Funktion sind die sozialdemokratischen Theorien zu verstehen.

Um zu demselben Ziel zu gelangen, nämlich die Politik der Partei mit einer bestimmten Grundeinstellung in Verbindung zu bringen, wurden verschiedene Wege eingeschlagen. Die einen suchten völlig neue Ausgangspunkte zu gewinnen, während die anderen, in Erwägung der geschilderten Beharrungskraft der Ideologie, an die hergebrachten Vorstellungsformen anknüpften.

Nach ihrem ideologischen Ausgangspunkt lassen sich folgende Grundrichtungen unterscheiden:

1. Der revidierte Marxismus.
2. Der ethische und religiöse Sozialismus.

Für die sozialdemokratische Theorie jeder Richtung gilt eine starke Durchsetzung mit liberalistischen Elementen.

Dies äußert sich u. a. in der demokratisch-liberalen Staatsauffassung, in den typisch sozialreformerischen Gedankengängen, die an die Stelle des Revolutionismus treten, in den Fragen der Agrarverfassung, schließlich in den Vorstellungen über die Wirtschaftsverfassung des Sozialismus, die mehr als sozialistische Marktwirtschaft, denn als zentralistische Planwirtschaft gedacht wird. [11])

Der liberale Sozialist Oppenheimer, der selbst außerhalb der Sozialdemokratie steht und der vor dem Kriege einen nicht geringen Teil seiner Energie zur polemischen Auseinandersetzung mit den damaligen Theoretikern der Sozialdemokratie aufgewandt hat, hat nach dem Kriege einen beträchtlichen Einfluß auf die sozialdemokratische Theorie.

a) Der revidierte Marxismus.

Wir haben uns hier mit einer Richtung zu beschäftigen, die man vielleicht als „Neorevisionismus" bezeichnen könnte. Ihr Wesen besteht darin, daß sie den Marxismus nicht in seiner Totalität negiert, sondern in seinen einzelnen Teilen aufgibt, während sie gleichzeitig den Anspruch erhebt, den „Geist des Marxismus" zu bewahren und vorgibt, einen „lebendigen Marxismus" gegenüber dem „dogmatischen" zu vertreten.

Repräsentanten dieser Richtung sind Hilferding und der Kreis der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Die Gesellschaft" mit Braunthal und Nölting als Hauptmitarbeitern.

[11]) Vgl. Landauer, Planwirtschaft und Verkehrswirtschaft.

Die Grundeinstellung dieser Sozialdemokraten zu Marx geht sehr anschaulich aus einem Satz hervor, den Prof. Erik Nölting auf dem Leipziger Parteitag der SPD. formulierte:

> „Marx hat den wirklichen einzigen Fehler, daß er mehr als 60 Jahre tot ist. Deshalb können wir ihm gegenüber nicht die dogmatische Buchstabentreue haben, sondern müssen an die Stelle der Treue zum Buchstaben die Treue zu seiner Methode und zu seinem Geist setzen." [12])

Es wird Marx also zuerkannt, daß er die Wirtschaft seiner Zeit richtig analysiert habe; die von ihm aufgestellten Gesetze hätten ihre Geltung gehabt, aber nur für die Periode des Kapitalismus, in der Marx gelebt hat. Es dürfte allerdings schwer sein, zu beweisen, daß Marx selbst eine so beschränkte Richtigkeit seiner Theorien im Auge hatte.

Seitdem Marx gestorben ist — sagen die „lebendigen Marxisten" — hat sich so viel geändert, daß wir heute in einer ganz anderen Gesellschaft leben, die auch eine ganz andere Gesetzmäßigkeit hat.

> „Wer noch immer daran festhält, das Bild, das sich Marx vor zwei Generationen von den gesellschaftlichen und speziell von den ökonomischen Verhältnissen seiner Zeit gemacht hat, auf unsere ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu übertragen, hat den Marxismus nicht begriffen." [13])

Heute gibt es nämlich — so wird diese Ansicht begründet — starke Gewerkschaften, Arbeiterschutzgesetzgebung, Sozialversicherung, Arbeitslosenversicherung, kollektive Tarifverträge u. s. w.

Die Theorie des „organisierten Kapitalismus", die sich darauf gründet, wird an besonderer Stelle ausführlich zu behandeln sein. Hier genügt uns die Feststellung, daß die sozialdemokratischen Theoretiker auf Grund der Erscheinungen des Monopolkapitalismus zu der Ansicht gelangen, daß die Marx'schen Gesetze und Prognosen für das heutige Stadium des Kapitalismus nicht zutreffen.

Man könnte nun zu der Annahme kommen, daß die sozialdemokratischen Theoretiker, die marxistischer als Marx sein wollen, bei der Erforschung der Wirtschaft der Gegenwart die Marx'-

---

[12]) Protokoll des Leipziger Parteitages der SPD, 1931, S. 215.

[13]) Alfred Braunthal, Die Wirtschaft der Gegenwart und ihre Gesetze, Berlin 1930, S. 13.

sche Methode anwenden. Dies ist aber nur scheinbar der Fall. In Wirklichkeit sind die Schriften all dieser Sozialdemokraten, auch rein methodologisch, durchsetzt von Elementen der verschiedensten nachmarxistischen ökonomischen Schulen, wie sich bei der Analyse der einzelnen Theorien zeigen wird. Das Marxistische reduziert sich auf die äußerliche Anwendung Marx'scher Begriffe, die mit anderen Inhalten gefüllt sind.

Dieses Verfahren, das von den Kritikern als Verfälschung oder gelinder gesagt begriffliche Unsauberkeit bezeichnet wird, ist in der Tat nicht unbedenklich.

Prof. Heimann sieht wohl das Bedenkliche, wenn er versucht, diese Haltung gegenüber der Marx'schen Terminologie, die für alle Sozialdemokraten typisch ist, zu rechtfertigen.

> „Welche subjektiven Absichten immer Marx selbst in seiner zeitgebundenen wissenschaftlich-politischen Kampfeslage mit seiner Begriffsbildung verfolgt haben mag, nun ist diese Begriffsbildung da und hat ein von der Person ihres Urhebers losgelöstes objektiviertes Dasein. Wenn nun, zwei Generationen nach Marx, neue Menschen mit neuen Erfahrungen und einer neuen Sehweise sich der von Marx geprägten Begriffe bemächtigen und in ihnen die eigene Sehweise ausdrücken können, so ist das keine Fälschung der Marx'schen Begriffe, es ist im Gegenteil der Beweis für ihre Lebendigkeit und Fruchtbarkeit über Marxens eigenen zeitgebundenen Standpunkt hinaus. Dann hätten eben die Marx'schen Begriffe ihre Geschichte im echten Sinne dieses Wortes, sie würden sich in ihrem Wesen und ihrer Bedeutung wandeln, . . . Auch dies, gerade dies ist Dialektik." [14])

Man sieht, auch der Begriff Dialektik hat seine „Geschichte" von Marx bis Heimann.

b) Der ethische und religiöse Sozialismus.

Die Versuche, die Nachkriegspolitik der Sozialdemokratie mit der Marx'schen Theorie in Einklang zu bringen, haben zu paradoxen Resultaten geführt. Indessen wurde dieser Zustand nur von einer Minderheit als auf die Dauer parteischädigend empfunden. Die ethischen und religiösen Strömungen in der Nachkriegssozialdemokratie sind als Ausdruck des Bemühens um eine neue ideolo-

[14]) Heimann, Soziale Theorie des Kapitalismus, Tübingen, 1929, S. 101.

gische und theoretische Basis für die politische Praxis der Partei zu verstehen.

Ihre entwickeltste und theoretisch klarste Verkörperung fand diese Richtung in Hendrik de Man. De Man, der es verstand, in sozialdemokratischen Intellektuellenkreisen und im Jungsozialismus einen wachsenden Anhängerkreis zu gewinnen, wurde zum betontesten und hervorragendsten Repräsentanten der ethisch-religiösen Richtung in der Sozialdemokratie.

1) Hendrik de Man.

Es gibt wenige Schriften, die in der Sozialdemokratie so aufrüttelnd gewirkt haben wie de Mans 1926 erschienenes Buch „Zur Psychologie des Sozialismus". Wurde das Buch doch ohne Scheu als eine „Überwindung des Marxismus" angekündigt.

Es ist hier nicht zu prüfen, ob de Man eine geistige Überwindung des Marxismus gelungen ist. Wichtig ist, daß de Man es wagte, offen als Forderung auszusprechen, was uneingestandenerweise längst zur Tatsache geworden war, die Loslösung der Sozialdemokratie vom Marxismus.

Das Erscheinen des Buches warf die Frage auf: Darf ein Sozialdemokrat öffentlich von einer Überwindung des Marxismus sprechen. Die meisten Sozialdemokraten, die sich hierzu äußerten, verneinten die Frage und verurteilten das Verhalten de Mans.

Als eine der wenigen, die den Mut zur Offenheit hatten, sei hier Gustav Radbruch zitiert.

> „Das Große, was die sozialdemokratische Partei seit 1918 geleistet hatte, hatte sie geleistet nicht auf Grund ihres Programms, gewiß freilich auch nicht gegen ihr Programm, aber doch ohne Programm. War doch die Machtübernahme von Sozialisten in einem kapitalistischen . . . Staat eine vom Marxismus nicht erwogene Hypothese . . . Im System des Marxismus . . . mußten einzelne Bauteile ausgewechselt und erneuert werden . . . Der Denker, der den alten sozialistischen Gedankenbestand erneuert und mit den neuen Gedanken und Gesinnungen zu einer Einheit verschmolzen hätte, ist noch nicht gekommen. Wohl hat die Partei sich zunächst in Görlitz, dann in Heidelberg ein neues Programm gegeben, aber im großen und ganzen verfuhr man so, wie noch immer Religionsgemeinschaften mit ihren heiligen Schriften verfahren sind: man füllte den neuen Wein heim-

lich in die alten Schläuche und gab sich den Anschein, es sei noch immer der alte Wein, den man aus den alten Schläuchen spende.

Bis eines Tages jemand die schweigende Übereinkunft brach und es aussprach, daß das marxistische Gewand zu eng geworden sei für die Arbeiterbewegung. Der Verfasser des Buches, das ich meine, verspricht sich nichts mehr von der marxistischen Bemäntelung des Fortschritts über Marx hinaus, er befürchtet von dem Gegensatz zwischen Theorie und Praxis der sozialdemokratischen Partei die Zermürbung des sozialistischen Willens, er will nach Lassalles Wort aussprechen, was ist, er fürchtet nicht, sondern will gerade den „psychologischen Stoß", der zur Selbstbesinnung und Selbsterneuerung führen soll, und so verkündet er rund und nett die ‚Überwindung des Marxismus'." [15])

Der ehemalige Marxist de Man vertritt die Ansicht, daß der Marxismus in der gegenwärtigen Periode lähmend auf die sozialdemokratische Politik wirke. Als Marxismus sieht er all das an, was an „gefühlsmäßigen Wertungen, sozialen Willensvorstellungen, Aktionsmethoden, Grundsätzen und Programmen auf die Wirkung der Lehre von Marx zurückzuführen ist." Alles das scheint ihm Ausfluß einer rationalen Denkmethode, die der Vertiefung sozialistischer Gesinnung unter den bestehenden Verhältnissen schädlich sei.

Diesem Rationalismus, der „statt mit Lebendigkeiten mit Kategorien und Begriffen" arbeitet, stellt de Man den „Sozialismus als Seelenerlebnis" entgegen. Er bezeichnet seine Arbeit als eine Art geistiger Autobiographie und wünscht, daß ihre Gefühls- und Willensrichtung zum Arbeitsprogramm des Jungsozialismus werden möge.

De Man lehnt sich auf gegen den Determinismus, der das sittliche Empfinden aus rationeller Konstruktion ableite, und subsumiert echt voluntaristisch das Denken unter den Willen. Er geht so weit, das Denken als „Teilprozeß einer Willenshandlung" zu bezeichnen. Der Wille aber wurzle in der triebhaften Veranlagung des Menschen und letztlich im Unterbewußtsein.

Sozialistische Gesinnung sei die Bewußtseinsform einer Ge-

[15]) Gustav Radbruch, Überwindung des Marxismus? Betrachtungen zu Hendrik de Man, „Die Gesellschaft", 3. Jahrg. 1926, № 10.

fühlslage, die sich aus der Spannung zwischen gewissen gesellschaftlichen Zuständen und Wertungsarten des Gemeinschaftsgefühls ergebe, wobei eben diese Wertungsarten auf angeborenen Trieben beruhen, die sich im Laufe der historischen Entwicklung zu Normen des sittlichen und rechtlichen Empfindens verdichtet haben.

Pflege sozialistischer Gesinnung erfordere daher eine Lehre des Sozialismus, welche die sozialistischen Gefühle und Denkinhalte, soweit dies möglich sei, auf ihre psychologischen Wurzeln beziehe.

Unter dem Motto „Sozialismus aus dem Glauben" beschäftigt sich Pfingsten 1928 eine Tagung ethischer und religiöser Sozialisten damit, „das lebendige sozialistische Erkennen von den Schlacken erstarrender Tradition zu reinigen und die sozialistische Bewegung in ihrer gegenwärtigen Situation durch junge Antriebe im Willen und im Handeln zu stärken." [16])

Die Auseinandersetzung mit Marx wird im Vorwort des Protokolls so umschrieben: Man wolle nicht zurück hinter Marx, sondern „über ihn hinaus". „Über ihn hinaus" bedeute eben den Einbau moralischer Argumentation, sowie religiöser und ethischer Motive in die sozialistische Bewegung.

> „Es gibt keine bleibende soziale Umgestaltung, die nicht ihre letzte wirkende Kraft hernimmt von der sittlichen Auflehnung gegen eine Welt, die Menschen im Dienste einer Machtverklammerung mißbraucht. Damit ist der lebendige Sozialismus nicht mehr eine reine Arbeitersache, sondern er ist eine allgemeine Volks- und Menschheitsangelegenheit geworden."

Auf der Tagung wird richtig erkannt, daß die Krise der sozialistischen Idee in dem Zwiespalt zwischen der traditionellen Theorie und der praktisch-politischen Wirklichkeit besteht.

So äußert sich Carl Mennicke: [17])

> „Mir scheint immer der schwerste Schaden in der augenblicklichen Lage der sozialistischen Bewegung der zu sein, daß überhaupt kaum eine Verbindung besteht zwischen der praktischen politischen Auswirkung der sozialdemokra-

[16]) Sozialismus aus dem Glauben, Verhandlungen der sozialistischen Tagung in Heppenheim, Pfingstwoche 1928.

[17]) Protokoll S. 108/09.

tischen Machtposition und der geistigen Arbeit, die ununterbrochen an der sozialistischen Problematik geleistet wird. Das eine läuft schlechterdings neben dem anderen her . . .“ Mennicke erblickt die Hauptaufgabe darin, „daß wir innerhalb der sozialistischen Bewegung deutlich zu machen suchen . . ., daß es konkrete, dem politischen Willen der Gegenwart auferlegte Aufgaben gibt, die eine unmittelbare konkrete Gegenwartsbedeutung haben und zugleich einen sozialistischen Sinn. In dem Maße, als das gelingt, ist ganz von selbst der gegenwärtigen schweren Verlegenheit der sozialistischen Bewegung abgeholfen.“

Sinzheimer sieht die Wurzeln für die „Schwächung des sozialistischen Gedankens“ in der veränderten politischen Stellung der Sozialdemokratie nach dem Weltkriege und stellt die Frage: Wie kann durch eine Neufassung des sozialistischen Gedankens, die mehr der politischen Wirklichkeit entspricht, die „Ermattung des sozialistischen Glaubens“ überwunden werden?

„Wonach wir im letzten Grunde streben, ist eine Synthese zwischen jener Realität des sozialistischen Wirkens (gemeint ist die politische Praxis der Partei. K. L.) und der Idealität des sozialistischen Willens. Der Gedanke ohne die Realität der Umgestaltung ist bedeutungslos. Die Realität ohne den in beständiger Bewegung sich fortzeugenden Gedanken führt zum Stillstand und zum Sumpfe. Der Zweck unserer Tagung wäre erreicht, wenn die Notwendigkeit dieser Synthese von uns allen erkannt würde, wenn wir den sozialistischen Grundgedanken von neuem stärken und seine unlösbare Verbindung mit der tatsächlichen Umgestaltung der sozialistischen Dinge von neuem erkennen . . .“

Hendrik de Man, der das Hauptreferat über das Thema „Die Begründung des Sozialismus“ hält, stellt folgende Thesen auf, die wir in großen Zügen wiedergeben, weil sie eine besonders prägnante Formulierung seiner Marxkritik enthalten:

Der Sozialismus ist ein Streben nach gerechter Gesellschaftsordnung.

Der Gerechtigkeitsanspruch seiner Forderungen beruht auf Wertung der sozialen Einrichtungen und Beziehungen nach einem allgemeingültigen, ethischen Maßstab.

Sozialistische Gesinnung kann nur das Resultat einer persönlichen, zielgerichteten Gewissensentscheidung sein.

Wissenschaftlich-ursächliche Betrachtung des geschichtlichen Geschehens ist, weil wertfrei, außerstande, die sozialistische Gesinnung zu begründen.

Alle Versuche, soziale Ursachenreihen in soziale Zwecklehren zu verwandeln, sind darum verfehlt.

Anstatt also das sozialistische Sollen aus den in der kapitalistischen Umwelt gegebenen Ursachen und insbesondere aus dem dadurch bedingten Interessen- und Machtkampf einer Klasse abzuleiten, ist er mit einer Zwecklehre zu begründen, die auf der Allgemeingültigkeit bestimmter sozialethischer Werturteile beruht. Diese Werturteile entspringen dem aller religiösen, philosophischen und volkstümlichen Ethik unserer Zeit gemeinsamen Glauben an gewisse Grundsätze über Sinn und Ziel der geschichtlichen Entwicklung.

Unter diesen Glaubenssätzen nennt de Man u. a. den Kant'schen kategorischen Imperativ, den er formuliert:

> „Der Glaube, daß jeder Mensch für das Schicksal der ganzen Menschheit, soweit es durch sein Wollen mitgestaltet werden kann, verantwortlich ist, weshalb sowohl das Verhalten des Einzelnen wie die Gemeinschaftseinrichtungen auf das Gemeinwohl zu richten sind, welhalb auch die Motive des Gemeinschaftsgefühls höher stehen als die des persönlichen Vergnügens- und Machtvorteils."

Alle Menschen hätten die Aufgabe, das Wahre, Schöne und Gute zu erkennen und die so erkannten Höchstwerte zu erstreben.

Die Allgemeinheit der genannten Grundsätze mache den Sozialismus zu einer Forderung an Alle, ohne Unterschied der Klassenlage.

Der Klassenkampf der Arbeiterschaft sei zwar zur Verwirklichung des sozialistischen Zieles notwendig, jedoch müßten die aus der besonderen Klassenlage der Arbeiterschaft erwachsenden Interessen- und Machtmotive den allgemein-menschlichen Motiven, die auf ethischer und rechtlicher Wertung beruhen, untergeordnet werden.

De Man glaubt, daß der absolute Charakter der ethisch-sittlichen Begründung dem Sozialismus eine größere Stoßkraft ver-

leihen würde. Die Stoßkraft könne ferner durch folgende Schritte erhöht werden:

1. Loslösung der sozialistischen Gedankenwelt von religionsfeindlichen Ideologien. Damit würden die Teile der Arbeiterschaft, die aus religiösen Hemmungen dem Sozialismus noch feindlich gegenüberstehen, gewonnen werden und die ethischen Triebkräfte ihres Glaubens für den Sozialismus eingesetzt werden.

2. Motivierung der sozialistischen Forderungen mit allgemeingültigen Rechtsnormen, die an das Gewissen Aller appellieren. Damit würde die Werbekraft des Sozialismus insbesondere außerhalb der Industriearbeiterschaft, bei der bäuerlichen Bevölkerung und bei den Intellektuellen gesteigert werden.

Eine Begriffsbestimmung des Sozialismus hält de Man für unmöglich, da der Sozialismus irrationale Bestandteile enthalte, die sich nicht in Worte bannen lassen.

De Man fordert ferner, daß die gegenwärtige Reformtätigkeit, die politische Tages- und Kleinarbeit in jedem Fall motiviert werde als praktischer Sozialismus. Dies ist nach der de Man'schen Begriffsbestimmung ohne weiteres möglich. Denn de Man läßt für den Sozialismus kein objektiv-institutionelles Kriterium gelten. Sozialismus ist „das Streben nach gerechter Gesellschaftsordnung", wobei es lediglich auf die Motivierung ankommt. Der Begriff des Sozialismus wird auf diese Weise so vage, daß sich in der Konsequenz nicht nur die ganze politische Praxis der Sozialdemokratie, worauf es de Man wohl ankommt, sondern überhaupt jegliche politische und soziale Maßnahme und Forderung als sozialistisch ansehen läßt, sofern sie nämlich nur mit dem Streben nach gerechter Gesellschaftsordnung motiviert wird. Und welche Gesellschaftsordnung hätte nicht den Anspruch erhoben, gerecht zu sein? De Man scheint nicht zu bemerken, daß der Begriff des Sozialismus ohne einen gegenständlichen Inhalt jede Bestimmtheit verliert.

De Man wendet sich gegen den Marx'schen Determinismus, der die Begründung des Sozialismus aus den Entwicklungsgesetzen des Kapitalismus schöpft. Der „kapitalistischen Immanenz des Sozialismus" müsse seine „allgemein-menschliche Transzendenz" entgegengesetzt werden.

„Die Begründung der sozialistischen Überzeugung . . . scheint mir nur möglich auf Grund einer Kausalreihe, die der des Marxismus geradezu entgegengesetzt ist. Ich möchte sie im Gegensatz zu der marxistischen Kausalreihe Kapitalismus — Klassenkampf — Sozialismus zunächst so formulieren: Ethische Wertung — Sozialismus — Klassenkampf."

Den Ursprung aller sozialistischen Gesinnung aber stelle ethische Wertung aus dem Glauben, mit anderen Worten ein religiöses Gefühl dar, das die Werte bestimmt, deren Verwirklichung unser letztes, absolutes Lebensziel ist. Hier sei keine wissenschaftliche Analyse möglich.

„Darum möchte ich noch einen Schritt weiter gehen und statt ethische Wertung — Sozialismus — Klassenkampf sagen: Religion — Sozialismus — Klassenkampf."

De Man geht sogar so weit, zu sagen: Es gibt keinen Sozialismus ohne Religion. Alle Sozialisten seien bewußt oder unbewußt religiös. Marx wird als „verkappt religiös" bezeichnet. So wie der Sozialismus seinem Wesen nach religiös sei, so münde im Grunde jede Religion in den Sozialismus. Man könne, ja müsse von jedem ethisch-religiösen Ausgangspunkt zum Sozialismus kommen. Der Sozialismus ist daher nicht mehr Angelegenheit der proletarischen Klasse, sondern „eine Schlußfolgerung, zu der jeder Mensch mit sozialem Gewissen und gesundem Denkvermögen kommen muß".

Und so kommt de Man denn zu dem Resultat, daß für den Sozialismus, so wie er ihn versteht, nicht die Arbeiter, sondern die Intellektuellen eigentlich prädestiniert sind. Die Gebildeten hätten in Bezug auf die geistigen Voraussetzungen der sozialistischen Entscheidung einen großen Vorsprung vor den Arbeitern.

Aus dieser sozialpsychologischen Auffassung wird der de Man'sche Sozialismus erst richtig verständlich.

Im Gegensatz zu Marx, der den Sozialismus aus der Seinslage der Arbeiterklasse abgeleitet hatte, ist für de Man der Sozialismus eine primär den Intellektuellen adäquate Idee.

Wenn Sombart den Marx'schen Sozialismus daher mit Recht als „proletarischen Sozialismus" bezeichnet, so ist dementsprechend für den de Man'schen Sozialismus, der von Intellektuellen für In-

tellektuelle erdacht, die Bezeichnung „Intellektuellensozialismus" zutreffend.

Der Intellektuellensozialismus ist zunächst der Versuch einer Lösung des „Intellektuellenproblems", worunter ein Fragenkomplex verstanden wird, der die Stellung des sozialdemokratischen Intellektuellen zum Proletariat, zur Partei und zum Sozialismus umfaßt. Als besonders problematisch wird insbesondere die Frage betrachtet, welche individuellen Motive den doch meist aus dem Bürgertum stammenden Intellektuellen dazu bewegen, sich an der Seite des Proletariats für den Sozialismus einzusetzen. [18])

Das „Intellektuellenproblem" wurde insbesondere auf den Tagungen der „Vereinigung sozialistischer Akademiker" erörtert.

Die Tatsache, daß ein solcher Verband überhaupt existiert und besondere Tagungen abhält, läßt bereits die Wurzeln des „Intellektuellenproblems" erkennen: Nach dem Kriege, als die Sozialdemokratie Regierungspartei geworden war, schlossen sich ihr breite Schichten bürgerlicher Akademiker, leitende Angestellte, Professoren, Beamte usw. an, ohne deshalb ihre bürgerliche Existenz aufzugeben und in der Arbeiterschaft aufzugehen.

Die Bemühungen zielen nun dahin, eine Ideologie zu schaffen, die der gesellschaftlichen und geistigen Lage dieser Schicht entspricht. Es zeigt sich hierbei das Bestreben, eine neue sittliche Begründung des Sozialismus zu finden. Es wird gesagt: Die Arbeiter stoßen zum Sozialismus aus rein ökonomischen Klassenkampfinteressen, der Intellektuelle dagegen aus sittlich-ethischer Entscheidung.

Während die Sozialdemokratische Partei früher dem aus dem Bürgertum kommenden Akademiker mit größter Skepsis begegnet war, die dieser nur überwinden konnte, wenn er durch sein tägliches Tun und Handeln bewies, daß er die Sache der Arbeiter rückhaltslos zu seiner eigenen gemacht hat, ist heute die Einstellung ganz anders. Die soziale Basis der Partei ist breiter geworden. Die früher ausschließliche Arbeiterpartei bemüht sich nicht nur den Bauern und den Mittelständler, sondern auch d e n b ü r g e r l i c h e n A k a d e m i k e r z u g e w i n n e n.

Die Partei — sagt Hendrik de Man in seiner programmati-

[18]) Es ist charakteristisch, daß Marx und Engels, die ja auch aus dem Bürgertum kamen, keinen Augenblick ein solches „Intellektuellenproblem" gesehen haben. Ihnen genügte das Bewußtsein, daß der Kampf der Arbeiterklasse dem geschichtlichen Fortschritt diene, um ihr Leben vollkommen der Arbeiterbewegung zu widmen.

schen Rede auf der ersten Tagung des sozialdemokratischen Akademikerverbandes [19]) — könne an dieser Schicht nicht gleichgültig vorübergehen. Sie gehe die Sozialdemokratie heute ganz anders an als vor dem Kriege. Die politische Situation der Nachkriegszeit mache es notwendig, daß die Sozialdemokratie die Intellektuellen, in deren Händen die leitenden Funktionen in Staat und Wirtschaft ruhen, auf ihrer Seite habe.

Die Intellektuellen — sagt de Man — seien als eine besondere Klasse zu betrachten, die zwischen Bourgeoisie und Proletariat steht.

De Man schätzt das soziale Schwergewicht und die Bedeutung der Intellektuellenschicht außerordentlich hoch ein. Nicht nur die Kapitalistenklasse, sondern auch die Arbeiterschaft — die Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbürokratie würde den Intellektuellen mehr und mehr die leitenden Funktionen übertragen.

Damit glaubt de Man deutlich gemacht zu haben, daß nicht nur eine besondere „Gesinnungsmotivierung" des Sozialismus für die Intellektuellen gegenüber der Motivierung durch die materiellen Interessen bei den Arbeitermassen gerechtfertigt ist, sondern daß es darüber hinaus notwendig ist, den Sozialismus so zu fassen und zu begründen, daß er eigentlich jedem „geistigen Menschen" plausibel erscheint.

De Man bekämpft zu diesem Zweck die bisher vorherrschende Auffassung der Identität von Sozialismus und Arbeiterbewegung. Der Sozialismus sei nicht das Resultat des proletarischen Klassenkampfes, und der Arbeiterbewegung, sondern eine ethisch-kulturelle Forderung, zu der vorzugsweise die Intellektuellen prädestiniert seien.

Der Sozialismus müsse psychologisch verstanden werden, als gefühlsmäßige Auflehnung auf Grund des Gewissens, bzw. eines inneren Sittengesetzes.

Diese Motive hätten aber nichts spezifisch Proletarisches. In ihrer reinsten Form seien sie vielmehr bei den Gebildeten anzutreffen, „denen die sozialen Konflikte als Gesinnungs-, nicht als Interessenfragen erscheinen." [20])

Die Gesinnung sei an sich unabhängig von der Klassenlage. „Die Klassenlage der Arbeiter sowohl wie der Intellektuellen kann höchstens eine Bereitschaft darstellen, durch Einsicht zu dieser

---

[19]) De Man, Die Intellektuellen und der Sozialismus, 1926.

[20]) a. a. O. S. 24.

Gesinnung zu gelangen.“ [21]) Die Arbeiter gelangen zu ihr durch ihr materielles Interesse, für die Intellektuellen aber gebe es aus ihrer Auflehnung gegen die Erniedrigung des Geistes durch das Geld einen Weg zum Sozialismus, der ebenso gangbar und ihnen wesensgemäßer sei als der proletarische Weg des Klassenbewußtseins.

Nach dem Gesagten kann es nicht zweifelhaft sein, daß de Man diesen „Intellektuellensozialismus“ als den „wahren Sozialismus“ betrachtet, da er allein aus dem Gewissen und dem Gefühl kommt und nicht materieller Interessen anrüchig ist.

Auf der zweiten Jahrestagung des Verbandes sozialdemokratischer Akademiker 1927 hält Carl Mennicke ein Referat über den Sozialismus als sittliche Idee. [22]) Auch er erklärt es für notwendig, dem Sozialismus durch eine ethische Begründung eine neue Rechtfertigung und neue Schwungkraft zu geben. Mennicke glaubt die Wirksamkeit seiner Argumentation dadurch zu erhöhen, daß er Marx selbst ethische Motive zuschreibt, die er durch sein theoretisches System gewissermaßen nur verschleiert habe.

2) Eduard Heimann.

Eduard Heimann, Mitherausgeber der „Neuen Blätter für den Sozialismus“, der Sammelstätte der ethischen und religiösen Sozialdemokraten, ist einig mit de Man im Kampf gegen den Marx'schen Rationalismus und für eine religiöse Motivierung des Sozialismus. [23])

Heimann fordert Rückkehr zu dem Lassalle-Wort: „Der Arbeiterstand ist der Fels, auf dem die Kirche der Gegenwart gebaut werden wird.“ Die Arbeiterbewegung hätte die Religion nicht dem Gegner als Verdummungsmittel überlassen dürfen, sondern für ihre eigenen Kampfziele verwenden sollen. „Aufgerufen, das Leben der ihr anvertrauten Menschen aus der Verkümmerung zu retten, hätte sie den verschütteten Quell des Lebens suchen, hätte sie Gott selbst dem Mißbrauch entreißen müssen.“ So hätte sie den sozialen Kampf zu einem religiösen Kampf um „Reinigung, Erfüllung und Heiligung des Lebens“ gemacht.

Indem die Arbeiterbewegung sich ausschließlich auf den Ra-

[21]) a. a. O. S. 32.

[22]) Carl Mennicke, Das Problem der sittlichen Idee in der marxistischen Diskussion der Gegenwart, 1927.

[23]) Eduard Heimann, Religion und Sozialismus, „Die Tat“, Juli 1927.

tionalismus stützte, hätte sie sich die Kraftquellen, die aus dem Glauben fließen, verloren gehen lassen. „Nicht mehr die gewaltigen Glaubenshelden der alten Zeit, sondern das fahle Licht einer gelehrten Theorie leuchtete nun dem Kampf um die Erneuerung des Lebens voran."

Heimann nimmt die nationalsozialistische Kritik des Marxismus vorweg, wenn er sagt:

„Das Wissen des echten Glaubens und die innerste Kraft des Lebens entzieht sich jedem Beweise von außen und jeder Widerlegung."

Es genüge nicht, die Notwendigkeit des Untergangs des Kapitalismus wissenschaftlich nachzuweisen, man müsse den Kapitalismus als „das Böse" mit sittlichem Zorn bekämpfen und den Sozialismus als das Reich der Liebe und Gerechtigkeit anstreben.

Heimann stellt dann die Frage nach dem „Grund des Bösen". Er vergleicht den Kapitalismus mit Luzifer, dem gefallenen Engel. Auch er sei aus Gottes Hand, aber er erhob sich frevelhaft gegen seinen Herrn und Schöpfer und wurde mit der Verdammnis gestraft.

Der Sozialismus ist für Heimann dementsprechend „der Kampf gegen die lebensfeindlichen Mächte, der Kampf um Lebenserneuerung und Sinnerfüllung". Ihm liege zugrunde das ewige prophetische Wissen um Würde und Sinn, das im Sozialismus zu neuem Bewußtsein durchdringe.

An anderer Stelle sagt Heimann über den Zusammenhang von Religion und Sozialismus: [24])

Die Religion sei nichts anderes als „das Wesen des menschlichen Lebens". — Wesentlich sei dem Menschen die Freiheit zur Erfüllung oder Verfehlung des jeweiligen Lebenssinnes. Sinn sei „das allgegenwärtige, tragende Geheimnis unseres Lebens". Sozialismus sei der Drang zur sinnvollen Gestaltung des Lebens durch Umgestaltung der kapitalistischen Sinnwidrigkeit. Der Sozialismus sei substanziell religiös, obgleich nicht bewußt religiös. — Religiöser Sozialismus nun sei „die bewußte Erfassung dieses Sachverhalts: die universelle und tiefste Deutung des proletarischen Schicksals und Kampfes".

Eine kleine Abweichung von de Man stellt Heimanns Kritik des Marx'schen Determinismus und seine damit zusammenhängende religiöse Fassung der Dialektik dar.

---

[24]) Eduard Heimann, Kapitalismus und Sozialismus, Potsdam 1931, S. 251/52.

In einer Auseinandersetzung mit dem Determinismus bemerkt Heimann über de Man:

> „Er geht davon aus, daß die Notwendigkeitslehre sich festgefahren hat, daß sie für das Stadium der Bedrückung paßte, aber im Stadium der Verwirklichung ein Hindernis bedeutet, und unternimmt es daher, sie durch eine Lehre von den Motiven des sozialistischen Strebens zu ersetzen.“ [25])

Während de Man den Determinismus durch den Voluntarismus ersetzt, lehnt Heimann den Determinismus nicht vollständig ab, sondern ist bestrebt, ihn religiös zu unterbauen und dadurch mit der rein ethischen Auffassung in eine Synthese zu bringen.

> „Die paradoxe Vereinigung des einander logisch ausschließenden, des Geschichtsbewußtseins und der freien Verantwortung für die Geschichte, macht den religiösen Charakter der dialektischen Lehre aus. Es kennzeichnet den gläubigen Sozialisten, sich als Geschöpf und Werkzeug des großen Geschichtsganges und doch als für ihn verantwortlich zu fühlen. Daran ist nichts weiter zu erklären; diese paradoxe Doppelheit ist das tiefste Wesen des Lebens. Die primitive Notwendigkeitslehre und die reine Ethik sind die beiden Stücke des Zusammengehörigen, wenn man es auseinandergerissen hat, beide sind halbwahr, aber eben deswegen falsch, sobald sie die ganze Wahrheit zu enthalten beanspruchen. Die Gewinnung des richtigen, dialektisch-paradoxen Standpunktes, der beides zu umfassen erlaubt, ist eine entscheidende Aufgabe für Wesen und Zukunft der sozialistischen Politik, und das heißt: für Wesen und Zukunft des Sozialismus.“ [26])

Eigenartig ist Heimanns Verbindung von Religion und Dialektik.

> „Dialektik ist . . . ebenso weit entfernt von der Starrheit und Lebensferne des Idealismus, wie von der Steuer- und Glaubenslosigkeit des Relativismus; sie vereint die Einsicht in die Bewegtheit des Lebens mit dem Glauben an das Wesen . . . Das Wesen soll werden, das ist ihre Ethik. Und sie ist mit alledem unmittelbar einer religiösen Deu-

[25]) Eduard Heimann, Ethische Konflikte in der sozialistischen Bewegung. Neue Blätter für den Sozialismus, 1931, № 1.

[26]) a. a. O.

tung zugänglich, ja sie verlangt nach ihr, weil sie aus einer religiösen Gesamtanschauung stammt und auf sie hinweist.“ [27])

Heimann bekennt sich hierin zu der Religionsphilosophie von Paul Tillich.

3) Paul Tillich.

Paul Tillich ist der Führer einer Gruppe, die von den überparteilichen „Blättern für den religiösen Sozialismus“ ebenfalls zu den sozialdemokratischen „Neuen Blättern“ gestoßen ist.

Der Ausgangspunkt dieser Gruppe ist primär religiös. Die sozialistische Idee entspringt bei ihnen aus der Kollision der religiösen Sinngebung der Welt mit der kapitalistischen Wirklichkeit.

Tillichs Gedankengang ist folgender: [28]) „Alle Kultur ist aktualisierte Religion und alle Religion aktualisiert sich als Kultur.“ [29])

Die religiöse Kräftigkeit eines Zeitalters drückt sich in seinen Kulturformen aus. Der Kapitalismus führt zu einer Auflösung und Erstarrung der Kulturformen. Deshalb muß der religiöse Mensch die kapitalistische Wirtschaft als lebensfeindlich und lebenszerstörend, ja als unmenschlich und gottlos bekämpfen.

In der programmatischen Schrift der religiösen Sozialisten sagt Tillich:

„Der religiöse Sozialismus nennt sich ‚Sozialismus‘, weil er die antidämonische Kritik des Sozialismus historisch und sachlich übernommen hat, und den politischen Kampf des Sozialismus, soweit er die Herrschaft der politisch-sozialen Dämonie brechen will, unterstützt.“ [30])

Carl Mennicke folgt den Gedankengängen Tillichs, wenn er „das Arbeitsschicksal der modernen Industriearbeiterschaft“ als ein „religiöses Problem“ betrachtet.

„Wenn sich die negative Sinndeutung, die betonte Gleichgültigkeit gegen das menschliche Leben ganzen Schichten als beherrschender Tatbestand aufdrängt, so ist es unmöglich, daß die positive Sinndeutung erfahren und

---

27) Heimann, Kapitalismus und Sozialismus, S. 176.

28) vgl. Tillich, Grundlinien des religiösen Sozialismus.

29) Tillich, a. a. O. S. 5.

30) Tillich, Grundlinien, S. 23.

erfaßt werden kann . . . Damit wird aber das Wirken für eine Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse in einem Sinne, der der religiösen Wertung des Menschenlebens entspricht, zu einer unausweichlichen religiösen Angelegenheit." [31])

Und inmitten der schwersten Krise seiner Partei kämpft Tillich noch für eine Erneuerung der Sozialdemokratie durch religiöse Fundamentierung. [32])

Es sei nötig, daß der Sozialismus sich selbst von der Wurzel her, daß heißt religiös verstehe und damit den Anschluß an die abendländische Religionsgeschichte gewinne.

„Eine solche Wendung wäre um so nötiger, als der sozialistische Wissenschaftsglaube allerorten erschüttert ist . . . Es ist von größter Wichtigkeit, daß die sozialistische Führerschaft so schnell wie möglich über diese Sachlage orientiert wird, und sich die Aufgabe stellt, den bedrohten, mit Recht bedrohten Wissenschaftsglauben der Massen aufzulösen und den sozialistischen Glauben selbst in neuer symbolkräftiger Form auszudrücken." [33])

4) Max Adler.

In die Reihe der Bemühungen einer neuen philosophischen Fundierung des Sozialismus im Sinne einer Ersetzung des Determinismus durch den Voluntarismus gehören auch die Versuche Max Adlers [34]), den Neokantianismus in das Marx'sche System einzubauen.

Der Adler'sche Kantianismus ist bereits vor dem Kriege entstanden, [35]) in seiner ausgeprägten Form erscheint er jedoch erst in den späteren Werken Adlers. [36]) Nach dem Kriege waren auch

[31]) Mennicke, Der Sozialismus als Bewegung und Aufgabe.

[32]) Tillich, Die sozialistische Entscheidung, 1933.

[33]) Tillich, Die sozialistische Entscheidung, S. 180.

[34]) Obwohl der „Austromarxismus" in dieser Arbeit nicht mitbehandelt wird, darf doch Max Adler, soweit er nicht österreichischer Politiker, sondern Philosoph ist, nicht übergangen werden, denn der Wirkungskreis seiner philosophischen Ideen ist keineswegs auf Östereich beschränkt. Adler hat in der deutschen Soz. Dem. einen großen Schülerkreis, und es erscheint angebracht, die Lehre nicht nach ihrer Reproduktion aus zweiter Hand, sondern nach den Werken des Meisters selbst darzustellen.

[35]) vgl. Kausalität und Teleologie, Wien 1904.

[36]) vgl. Kant und der Marxismus, 1925. Das Soziologische in Kants Erkenntniskritik, 1924.

erst die Voraussetzungen und der geistige Boden für die Verbreitung des Neokantianismus in der Sozialdemokratie gegeben.

Um die Kant'sche Philosophie in den Marxismus einzubauen scheidet Adler zunächst die philosophischen Elemente aus dem Marxismus aus. Er vertritt die Auffassung, daß der dialektische Materialismus, den Marx als seine philosophische Grundlage betrachtete, nicht notwendig mit den sonstigen Marx'schen Lehren zusammenhänge. Auf Grund höherer Einsicht bestimmt Adler, der Marxismus sei weder eine Weltanschauung noch eine Philosophie, sondern lediglich eine „Sozialtheorie". [37])

Diese Marx'sche Sozialtheorie aber bedürfe dringend einer philosophischen, erkenntnistheoretischen und methodologischen Fundierung, und es sei gerade die Kant'sche Erkenntnistheorie, welche die direkte Ergänzung der Marx'schen Sozialtheorie darstelle.

In seinem Streben nach einer Synthese zwischen Kant und Marx kommt Adler nicht nur zu einer willkürlichen Auffassung des Marxismus, sondern auch zu einem offensichtlichen Mißverstehen Kants.

Es ist mindestens eine Verzerrung, wenn Adler sagt, „Kants immer wiederkehrender Hauptgedanke" sei, „die in der Geschichte hervortretende Teologie (den Fortschritt des Menschengeschlechtes) als die Wirkung eines Mechanismus zu betrachten, welche aus dem Widerstreit seiner elementaren Kräfte (der geselligen Ungeselligkeit des Menschen) als ein durchaus ungewolltes, vom Intellekt des Menschen aber erkanntes und deshalb festgehaltenes Gut hervorgeht." [38])

In Bezug auf die Marx'sche Philosophie behauptet Adler, Marx könne nicht als Materialist angesprochen werden.

Es bedeutet wieder eine völlige Verzerrung sowohl Marx' wie Kants wenn Adler sagt, Marx sei kein Materialist, er habe allerdings dem Materialismus nahegestanden. Aber dasselbe gelte auch für Kant. Denn für beide sei vor allem charakteristisch: die

[37]) Es steht Adler natürlich frei, von den Marx'schen Lehren das, was ihm richtig erscheint, zu akzeptieren, und das was ihm falsch scheint abzulehnen. Im Interesse der begrifflichen und methodischen Klarheit erscheint es aber als bedenklich, wenn Adler ohne Rücksicht auf Marx selbst willkürlich dies oder jenes als Marxismus bezeichnet. Wenn Adler erklärt, die Marx'sche Philosophie und Weltanschauung gehöre nicht zum Marxismus, so entsteht der Eindruck, Adler wolle marxistischer als Marx sein. Im Hinblick auf solche „Marxisten", die schon zu Marx' Lebzeiten auftauchten, hat Marx gelegentlich das Wort geprägt: „Moi, je ne suis pas Marxiste".

[38]) Adler, Kausalität und Teleologie, S. 217.

strenge Hinweisung auf die Erfahrung und die Forderung nach kausaler Gesetzmäßigkeit.

Als ob Empirismus und Kausalitätsgesetz philosophischen Materialismus bedeuteten!

Adler erhebt darauf Anspruch, den Kantianismus und den Marxismus zu einer Synthese zu vereinigen. Jedoch wird Adler dabei weder Kant noch Marx gerecht, und das Konglomerat, das durch die Vergewaltigung der beiden Systeme entsteht, läßt sich höchstens als „Adlerismus" bezeichnen.

An einer Stelle [39]) gibt Adler auch zu, „daß sehr vieles, und wie ich glaube, nicht unwichtiges, das bei mir als Kant'sche oder Marx'sche Lehre auftritt, in den Büchern dieser Denker nicht zu finden ist, so vor allem nicht das Transzendental-Soziale in der Erkenntniskritik Kants und das Formal-Psychische in der materialistischen Geschichtsauffassung von Marx".

Der Umstand, daß Adler sich seiner Verfälschung bewußt ist, kann diese schwerlich rechtfertigen. Die Erklärung aber kann nur darin erblickt werden, daß Adler es für opportum hielt, sich an zwei große Denker anzulehnen, von denen jeder in einem anderen Kreis Autorität und Anerkennung genossen, Marx in der Sozialdemokratischen Partei, Kant in der bürgerlichen Philosophie, die gerade in der Zeit als Adler zu wirken begann, im Zeichen der Kanterneuerung stand. Adler dachte wohl an eine Verschmelzung der beiden großen Kreise der Kantianer und der Marxisten. Ein solches Beginnen schien Adler verlockender und wirkungsvoller, als bescheidenerweise zu den vielen schon vorhandenen noch eine neue ethische Begründung des Sozialismus hinzuzufügen, worauf sich der „Adlerismus" in Wirklichkeit reduziert.

6. Kapitel.

Einzelne Wirtschaftstheorien der SPD.

Nachdem im vorigen Abschnitt die geistigen Grundströmungen aufgezeigt wurden, werden nun die sozialdemokratischen Wirtschaftstheorien im einzelnen beziehungsweise die Stellungnahme der sozialdemokratischen Theoretiker zu den einzelnen ökonomischen Problemen wie Lohn und Wert, Kapital und Kapitalismus, Konjunktur und Krise etc. zu behandeln sein.

[39]) Adler, Kant und der Marxismus, Berlin 1925, Vorwort, S. 8.

a) Lohntheorien.

Wenn wir diesen Abschnitt mit den Lohntheorien beginnen und diesen einen verhältnismäßig breiten Raum einräumen, so entspricht das der Priorität und der zentralen Stellung der Lohnfrage im Rahmen der sozialdemokratischen Theorie.

In der Frage nach dem Vorrang zwischen der Idee des Sozialismus, die auch Opfer fordern kann, und den unmittelbaren Lohninteressen hat sich die Sozialdemokratie im zweiten Sinne entschieden.

> „Die ganze innere Geschichte der freien Gewerkschaften ist allenfalls die Geschichte der Anpassung marxistisch-sozialistischer Ideen an die Erfordernisse gewerkschaftlicher Politik, keinesfalls die Geschichte der Anpassung gewerkschaftlicher Gesichtspunkte an den Sozialismus." [40])

Was hier von den freien Gewerkschaften gesagt wird, gilt ebenso für die SPD. Denn Partei und Gewerkschaft können als eine geistige Einheit betrachtet werden, was schon in der Personalunion der Führerschaft zum Ausdruck kommt.

Nach dem Kriege gibt es keinen Gegensatz mehr zwischen Partei und Gewerkschaft; die Gewerkschaftler haben sich unumstritten durchgesetzt. Wir brauchen daher auch keinen Unterschied zwischen Gewerkschaftstheorie und Parteitheorie zu machen, sondern können beide schlechthin als sozialdemokratische Theorie betrachten.

Das Wort von Briefs — „Da der Lohn die Achse des wirtschaftlichen Daseins der Arbeiter ist, so ist die Lohnpolitik die Achse der Gewerkschaftspolitik." — läßt sich dahin erweitern, daß daher auch die Lohntheorie die Achse der Gewerkschaftstheorie bzw. der sozialdemokratischen Theorie ist.

Die Abkehr der sozialdemokratischen Theorie vom Marxismus wird nirgends so deutlich wie in der Lohntheorie.

1) Die Stellung zur Verelendungstheorie.

Hier knüpfen die sozialdemokratischen Theoretiker direkt an den Bernstein'schen Revisionismus der Vorkriegszeit an, der ja gerade in der Kritik der Verelendungstheorie seinen Hauptansatz-

[40]) Briefs, Das gewerbliche Proletariat, im Grundriß der Sozialökonomik, 1926, Bd. 9, S. 194.

punkt hatte. Die Verneinung des Verelendungsgesetzes und die Annahme einer fortschreitenden Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse innerhalb des Kapitalismus ist ja schließlich die Grundlage für die Ersetzung des revolutionären Klassenkampfes durch den Reformismus, durch die Idee des friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus.

Paul Kampffmeyer schreibt mit Recht in der Festschrift zum 75. Geburtstag Eduard Bernsteins:

> „Bernstein erlebte im Jahre 1925 einen großen Triumph seiner Demokratisierungs- und Sozialisierungsgedanken. In diesem Jahre trat das Heidelberger Programm tatsächlich in seine Fußtapfen." [41])

Wir stellen die die Verelendungstheorie betreffenden Stellen des Erfurter und des Heidelberger Programms einander gegenüber.

> E r f u r t e r P r o g r a m m :
>
> „Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung."
>
> H e i d e l b e r g e r P r o g r a m m :
>
> „Die ökonomische Entwicklung hat mit innerer Gesetzmäßigkeit zum Erstarken des kapitalistischen Großbetriebes geführt, der in Industrie, Handel und Verkehr immer mehr den Kleinbetrieb zurückdrängt und seine soziale Bedeutung vermindert . . . Mit der Entwicklung der Technik und der Monopolisierung der Produktionsmittel wächst riesenhaft die Produktivität der menschlichen Arbeit . . . Ununterbrochen sind im Kapitalismus Tendenzen wirksam, die arbeitenden Schichten in ihrer Lebenshaltung zu drücken. Nur durch steten Kampf ist es ihnen möglich, sich vor zu-

[41]) Paul Kampffmeyer, Eduard Bernstein und der sozialistische Aufbau, Berlin 1930, S. 54.

nehmender Erniedrigung zu bewahren und ihre Lage zu verbessern."

Der Passus des Erfurter Programms, wonach die kapitalistische Monopolisierung für das Proletariat Zunahme der Existenzunsicherheit, des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Erniedrigung und der Ausbeutung bedeutet, ist im Heidelberger Programm durch die Wendung ersetzt, daß es den arbeitenden Schichten möglich sei, „durch steten Kampf" der Niederdrückungstendenz entgegenzuwirken und ihre Lage zu verbessern.

Die Beweisführung des Vorkriegsrevisionismus gegen die Verelendungstheorie war eine rein empirische gewesen.

Nach dem Kriege finden wir neben der rein empirischen Argumentation auch Versuche zu einer theoretischen Widerlegung.

Die empirische Argumentation lautet etwa folgendermaßen:

Die Marx'sche Annahme einer tendenziellen Verelendung der Arbeiterklasse habe sich als falsch erwiesen. Die Geschichte des Kapitalismus zeige, daß sich die Lage der Arbeiterklasse verbessert hat: Die Löhne sind gestiegen, der Umkreis der Bedürfnisse, die der Arbeiter befriedigen kann, hat sich erweitert. Überblickt man Jahrzehnte der kapitalistischen Entwicklung, so merkt man: Der Arbeiter hat eine bessere Wohnung, ist besser gekleidet, hat seine Ernährung verfeinert, und hat schließlich größere Rechte im Staat und im Betrieb. Die große Linie der Entwicklung der Arbeiterklasse im Kapitalismus zeigt aufwärts.

Übrigens wurde die Verelendungstheorie, so wie Marx sie aufstellte, vor dem Kriege selbst von Kautsky aufgegeben. Kautsky suchte die Verelendungstheorie gegenüber den Bernstein'schen Angriffen dadurch zu verteidigen, daß er sie im Sinne einer „relativen Verelendung" auslegte.

Die Kautsky'sche Interpretation, die in seinem Buch „Eduard Bernstein und das sozialdemokratische Programm", 1899, niedergelegt ist, bedeutete in der Sache ein Zurückweichen vor Bernstein.

Die Lage der Arbeiterklasse verbessere sich im Kapitalismus, aber noch rascher wachse der Reichtum der Kapitalisten. Die steigende Produktivität der Arbeit vermehre den Ausbeutungsgrad, schaffe aber gleichzeitig die Möglichkeit für die dauernde Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse. [42])

[42]) Daß Marx selbst nicht nur eine solche relative Verelendung meinte, sondern an eine absolute Verelendung glaubte, geht aus folgenden Sätzen hervor, die dem „Kapital" entnommen sind.

„Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital,

Nach dem Kriege läßt Kautsky die Verelendungstheorie ganz fallen. In seinem letzten Werk „Die Materialistische Geschichtsauffassung" macht sich Kautsky die revisionistischen Gedankengänge zu eigen, die er vor dem Kriege bekämpft hat. Seine längeren Ausführungen zu dieser Frage enden mit dem Satz: „Damit müssen wir auch die Ausführungen modifizieren, mit denen Marx in dem berühmten Kapitel über die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation sein „Kapital" ausklingen läßt." Das Proletariat — sagt Kautsky — gewinne immer mehr die Kraft, der Verelendungstendenz Herr zu werden. „Der Fortschritt der Produktivität der Arbeit, den das industrielle Kapital veranlaßt, kommt nicht nur ihm, sondern auch den Arbeitern zugute . . . Die Arbeiter haben ebensosehr ein Interesse an der Prosperität der Wirtschaft wie die Kapitalisten." [43])

Einer der Faktoren, welche nach Marx die Verelendung bewirken, ist das stetige Überangebot von Arbeitskräften, die industrielle Reservearmee, die den Preis der Ware Arbeitskraft unter ihren Wert drückt.

Die Sozialdemokratie hat richtig erkannt, daß es notwendig ist, die Behauptung von dem Vorhandensein und Anwachsen einer industriellen Reservearmee, als eine der Prämissen des Verelendungsgesetzes zu widerlegen.

Bei der Widerlegung der Marx'schen Lohntheorie konnten wir bisher ein gewisses Ausweichen vor der theoretischen Auseinandersetzung und die Bevorzugung einer empirischen Argumentation feststellen. Die Behauptungen über die steigende Entwicklung der Löhne ließen allerdings eine Aufrollung der ganzen Problematik der Lohnstatistik vermissen. [44])

Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee. Die disponible Arbeitskraft wird durch dieselben Ursachen entwickelt, wie die Expansionskraft des Kapitals. Die verhältnismässige Größe der industriellen Reservearmee wächst mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Übervölkerung, deren Elend in umgekehrtem Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation."

(Marx, Das Kapital, 1. Bd., Volksausgabe, Verlag für Literatur und Politik, Wien — Berlin 1932, S. 679.)

[43]) Karl Kautsky, Die materialistische Geschichtsauffassung, 2. Bd., 8. Abschn.

[44]) Die Problematik der Lohnstatistik erhellt aus der Tatsache, daß sowohl die optimistische wie die pessimistische Lohntheorie die Lohnstatistik für sich in Anspruch nimmt.

Die Statistik der industriellen Reservearmee, d. h. die Arbeitslosenstatistik, ist weniger problematisch. Über die zahlenmäßige Entwicklung der Arbeitslosigkeit bestehen wenig Differenzen. Die Diskussion geht um die Einschätzung der Erscheinung.

Wenn die Sozialdemokratie in der Frage der industriellen Reservearmee keine empirische Argumentation anwendet, so geschieht das wohl in dem Empfinden, daß eine Widerlegung auf empirischem Wege hier wenig überzeugend wäre. Die Argumentation lautet — wie aus dem folgenden Zitat hervorgeht — vielmehr so: Es ist zwar ein Anwachsen der industriellen Reservearmee festzustellen, aber theoretisch ist ihre Notwendigkeit nicht zu beweisen.

> „Allgemeine Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung, ein allgemeines Überangebot an Arbeitskräften tritt nur in der eigentlichen Krise auf und hält nur, wenn auch oft abgeschwächt, noch in der Depression an, d. h. nur in Konjunkturphasen von schwankender Dauer . . . Theoretisch steht die Vorstellung von der Notwendigkeit der industriellen Reservearmee auf schwachen Füßen. Es ist nämlich theoretisch unmöglich, ihre gesetzmäßige Notwendigkeit nachzuweisen. Was wir empirisch beobachten, ist zwar ein gewaltiger, andauernder Zustrom von Arbeitskräften in die Sphäre der kapitalistischen Produktion . . . Aber alle diese Beobachtungen reichen zu einer Theorie der industriellen Reservearmee nicht aus. Denn es kommt nicht nur auf die Größe und das Wachstum des Angebots von Arbeitskräften an, sondern in gleichem Maße auf Größe und Wachstum der Nachfrage nach Arbeitskräften . . . Es gibt keine theoretische Möglichkeit, nachzuweisen, daß die Nachfrage der wachsenden Wirtschaft nach Arbeitskräften hinter dem Anwachsen der Zuschußbevölkerung notwendigerweise zurückbleiben muß . . . Es wird immer eine unbewiesene und theoretisch unbeweisbare Behauptung bleiben, daß die eine Größe — das Angebot an Arbeitskräften — notwendigerweise schneller wachsen muß, als die andere, die Nachfrage nach Arbeitskräften.“ [45])

Im selben Sinne äußert sich Nölting.

> „Ob Maschinen im Enderfolg zu einer Freisetzung von

[45]) Braunthal, Die Wirtschaft der Gegenwart und ihre Gesetze, Berlin 1930, S. 52/53.

menschlicher Arbeitskraft führen, läßt sich . . . zur Stunde nicht mit Sicherheit beantworten. Der arbeitsverdrängenden Tendenz der Maschine steht eine marktausweitende Tendenz gegenüber. Welche Kraft sich zuletzt durchsetzt, läßt sich theoretisch nicht ausmachen.“ [46])

Die Sozialdemokratie bleibt bei der Ablehnung der Marx'schen Lohntheorie nicht stehen, sondern ersetzt diese durch eine Reihe anderer Lohntheorien. Es handelt sich hier nicht um die Schaffung neuer Theorien, sondern es werden neuere bürgerliche Lohntheorien übernommen.

Es sind dies wesentlich drei Lohntheorien:

1. Die Produktivitätstheorie.
2. Die Machttheorie.
3. Die Kaufkrafttheorie

2) Die Produktivitätstheorie.

Die Produktivitätstheorie ist heute zur herrschenden Lohntheorie der bürgerlichen Nationalökonomie geworden. Ihre Ursprünge lassen sich bei Wieser (Grundriß der Sozialökonomik) und bei Tugan-Baranowski (Die soziale Theorie der Distribution) nachweisen, ihre einflußreichsten Vertreter sind Dietzel und J. B. Clark.

Die sozialdemokratische Fassung der Produktivitätstheorie wurde am klarsten von Braunthal formuliert.

Braunthal schreibt:

„Die Produktivitätstheorie hat, von der Seite des Arbeitslohnes gesehen, in einem Punkt zweifellos eine eminent praktische Bedeutung und Berechtigung. Es folgt aus ihr nämlich das Gesetz: Die Steigerung des Lohnes findet in der Produktivität der Arbeit eine absolute Grenze. Und umgekehrt: je größer die Produktivität, desto höher kann unter bestimmten Umständen der Lohn steigen. In diesem Punkt ist die Produktivitätstheorie zweifellos der marxistischen Theorie überlegen . . . Vor allem aber wird bei Marx der Gedanke nicht genügend herausgearbeitet, daß bei steigender Produktivität der Arbeitslohn im Verhältnis zu den Unterhaltskosten steigen kann. . . . Offenbar hat ihn seine Verelendungstheorie daran gehindert. . . . Die Ent-

[46]) Nölting, Einführung in die Theorie der Wirtschaft, Berlin 1929, S. 138.

scheidung darüber, in welchem Verhältnis sich in einem bestimmten Augenblick Kapital und Arbeit in das Sozialprodukt teilen, hängt von dem Kräfteverhältnis der beiden Parteien ab. . . . Andererseits soll, wie oben schon, zugegeben werden, daß die Produktivität der Arbeit eine Schranke für den Verteilungskampf darstellt. Es kann natürlich nicht mehr verteilt werden, als erzeugt wurde, und je mehr erzeugt wird, desto mehr steht für die Verteilung zur Verfügung. Deswegen ist zweifellos der Arbeiter an einer möglichst weitgehenden Steigerung der Produktivität interessiert — natürlich nur, soweit sie nicht auf Kosten seiner Gesundheit und seiner Arbeitskraft geht —, weil er nur auf diesem Wege hoffen kann, eine anhaltende Steigerung seines Einkommens zu erreichen." [47])

Obwohl Braunthal sich hier in einen ausgesprochenen Gegensatz zur Marx'schen Lohntheorie stellt, versucht er doch, seine Lohntheorie irgendwie in das Marx'sche Schema einzubauen. Hierbei kommt er zu den gewagtesten Konstruktionen.

Braunthal sagt, man müsse „Wert der Arbeitskraft" und Reallohn auseinanderhalten. Unter Wert der Arbeitskraft verstehe Marx den Wert der Lebensmittel, den der Arbeiter zu seiner Erhaltung und Reproduktion braucht. Unter Reallohn verstehe „man" diese Lebensmittel selbst bzw. ihre Menge. Nun könne der Wert der Arbeitskraft durch Verbilligung der Lebensmittel sinken, während der Reallohn gleichbleibt. „Wir können aber noch weiter gehen und uns vorstellen, daß der Reallohn, also die Menge der Lebensmittel, die der Arbeiter für seinen Geldlohn kaufen kann, steigt und dennoch der Wert der Arbeitskraft sinkt." [48])

Wollte Braunthal Marx sinngemäß interpretieren, so müßte er nun hinzufügen, daß man sich das zwar vorstellen kann, daß aber bei Marx die beiden Größen „Wert der Arbeitskraft" und „Preis der Arbeit" nicht unabhängig voneinander sind. Der Lohn bestimmt sich bei Marx, ebenso wie die Warenpreise, nach dem Wertgesetz. Der faktische Arbeitslohn mag in keinem konkreten Moment dem Wert der Arbeitskraft entsprechen, aber er oszilliert ständig um ihn.

---

[47]) Braunthal, a. a. O., S. 62—64.

[48]) Braunthal, Die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft, Berlin 1927, S. 26.

Braunthal fährt aber fort:

„Wir können uns dies (Steigende Löhne bei gleichzeitig sinkenden Preisen K. L.) nicht nur theoretisch vorstellen, wir müssen vielmehr annehmen, daß dies der Regelfall in der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft ist.“ [49])

Und weiter:

„Der Reallohn kann bei dauernden Fortschritten in der Rationalisierung der Produktion dauernd steigen, ohne daß dadurch der Mehrwert angetastet zu werden braucht. Im Gegenteil, der Mehrwert kann parallel damit, oder sogar noch stärker, anwachsen.“ [49])

Im Gegensatz zu Braunthal sieht Nölting klar, daß es unsinnig ist, die Produktivitätstheorie in Marx'scher Terminologie auszudrücken.

Nölting arbeitet den Unterschied scharf heraus:

Nicht die Arbeitskraft, wie Marx sagt, sondern die Arbeitsleistung ist es, die der Arbeiter dem Kapitalisten verkauft.

„Die Frage nach dem ‚Tauschwert der Ware Arbeitskraft‘ ist also logisch widersinnig. Es gibt nur die Frage nach dem Wert der Arbeitsleistung.“ [50])

Und Nölting fährt fort:

„Dieser aber (der Wert der Arbeitsleistung K. L.) ist das Produkt, das mit der Arbeitsleistung hergestellt wurde. Der Wert der Arbeitsleistung ist der Wert des durch ihre Anwendung beschafften Produkts. Der Wert der Arbeitsleistung mißt sich nach ihrem Beschaffungspreis. (Ebenso bestimmt sich, worauf Oppenheimer mit Recht verweist, der Wert der Maschinenarbeit nach ihrem Produkt, z. B. der Wert der Arbeitsstunde gedroschenen Kornes; der davon deutlich zu unterscheidende Wert der Maschine selbst bestimmt sich dagegen nach der gesellschaftlichen Reproduktionszeit, jener Zeit also, die im gesellschaftlichen Durchschnitt nötig ist, um die Maschine selbst herzustellen. Daß diese beiden Größen nicht gleichbedeutend sind, leuchtet ein. Nach dem Wert der Arbeitskraft fragen, hieße die Frage nach dem Wert des Menschen selbst aufwerfen.)“ [51])

---

[49]) Braunthal, Entwicklungstendenzen ..., S. 26.

[50]) Nölting, Einführung ..., S. 129.

[51]) Nölting, Einführung ..., S. 129 ff.

Nölting streicht hier die Gegensätzlichkeit der objektiven und der subjektiven Wertlehre, der Kosten- und der Nutzenwertlehre heraus und stellt sich selbst auf den Standpunkt der letzteren.

Er polemisiert gegen die Marx'sche Lohntheorie, die er als „Äquivalenztheorie des Mehrwerts" bezeichnet, weil nach ihr die Realisation des Mehrwerts ohne Verletzung des Äquivalenten-Tausches erfolgt.

3) Die Machttheorie.

Nölting vertritt dagegen die Oppenheimer'sche „Monopoltheorie des Mehrwertes". „Nicht vom äquivalenten Tausch, sondern vom monopolistisch gebundenen Markt ist der Mehrwert abzuleiten. Arbeiterschaft und Kapitalistenklasse verkehren miteinander nicht in der einfachen Markt-, sondern in der durch die geltende Eigentumsordnung bedingten Machtgesellschaft, nicht im Zustand der reinen, sondern der politischen Ökonomie. Der Kapitalist erwirbt Arbeitsleistungen, deren Wert an sich das mit dieser Arbeitsleistung hergestellte Produkt wäre." Wegen des mit dem Besitz der Produktionsmittel gegebenen Klassenmonopols kann jedoch das „Recht auf den vollen Arbeitsertrag" von der Arbeiterschaft gegenüber der Bourgeoisie nicht verwirklicht werden. Sie muß vielmehr einen Monopoltribut (Mehrwert) abtreten und erhält im Lohn nur den gekürzten Arbeitsertrag.

> „Die Größe des Mehrwerts hängt ab von der Intensität der Klassenspannung, ökonomisch ausgedrückt: von den außerhalb des kapitalistischen Lohnverhältnisses für den Besitzlosen bestehenden Selbständigkeitschancen, bzw. von dem politischen Gegendruck, den der besitzlose Arbeiter für die Entspannung der Klassenlage einzusetzen vermag. (Arbeitslosenversicherung, gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages usw.) Höchstgrenze für den Lohn ist der unverkürzte Wert der Arbeitsleistung, der sich im Warenpreise ausdrückt, Mindestgrenze das Maß des nach den herrschenden Kulturbegriffen unerläßlichen Lebensbedarfs. Zwischen diesen beiden Grenzen bildet sich der Lohn nach der jeweiligen auf dem Markt herrschenden ökonomischen Situation und nach dem Druck der tatsächlichen Machtverhältnisse."

„Ist die Äquivalenztheorie der Niederschlag des radikalen Ressentiments, für das es nur eine Endabrechnung, aber keine zeitliche Teillösung gibt, so entspricht die Monopollohntheorie dem gewerkschaftlichen Macht- und Gegenwartsbewußtsein.“ [52])

Nölting behauptet, daß die Äquivalenztheorie auf unhaltbaren logischen Voraussetzungen fuße und „zu unmöglichen praktischen Konsequenzen“ führe. Die logische Widersinnigkeit erblickt Nölting in dem Marx'schen Begriff der „Ware Arbeitskraft“, die er nachgewiesen zu haben glaubt. „Gibt es aber keinen Tauschwert dieser Ware, so ist damit der Äquivalenztheorie die begriffliche Grundlage entzogen.“ [53])

Es ist allerdings zu sagen, daß Nölting die Marx'sche „Äquivalenztheorie“ völlig mißversteht, wie aus folgenden Sätzen hervorgeht:

„Die Äquivalenztheorie beruht auf der irrealen Voraussetzung der sozialen Gleichheit des Tauschakts zwischen Kapital und Arbeit. Die heutige Wirtschaftsgesellschaft ist nicht nur ökonomische Arbeits- und Marktgesellschaft, die überkommene Eigentums- und Rechtsordnung ist mit ihr zu einem unauflöslichen Gewebe verflochten. Darum entscheiden beim Tauschakt, den eine ökonomisch und sozial unterlegene Gruppe mit einer machtstärkeren Monopolistengruppe eingeht, nicht nur verglichene Arbeitswerte, sondern Machtwerte. Die unterlegene Gruppe erhält beim Austausch kein entsprechendes Arbeitsäquivalent. Um zu leben ist sie aber trotzdem zur Eingehung dieses ungleichen Paktes gezwungen. Die Verteilungsprobleme sind zwar Preisprobleme, aber Monopolpreisprobleme, nicht ableitbar vom äquivalenten Tauschmarkt der freien Konkurrenz. Der Lohn ist nicht Konkurrenzpreis für abhängige Dienstleistungen. Bei der Ableitung des Mehrwerts vom Machtcharakter, d. h. von der Klassenstruktur der Gesellschaft absehen wollen, den Mehrwert begreifen wollen in der Sphäre der äquivalenten Tauschgesellschaft bedeutet den unmöglichen Versuch, von dem zu abstrahieren, was das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft ausmacht.“ [54])

---

[52]) Nölting, Einführung, S. 129 ff.
[53]) Nölting, a. a. O., S. 132 ff.
[54]) Nölting, a. a. O., S. 132 ff.

Davon daß Marx die Voraussetzung einer sozialen Gleichheit zwischen Kapital und Arbeit macht, kann natürlich keine Rede sein. Aus Nöltings Darstellung könnte hervorgehen, daß der Marx'sche Äquivalententausch den „vollen Arbeitsertrag" bedeute. Die Marx'sche Hypothese bedeutet aber nichts anderes, als eine Gleichsetzung der Reproduktionskosten der Arbeitskraft mit dem Wert der Arbeitskraft. Die soziale Ungleichheit wird von Marx sehr wohl berücksichtigt; Marx schreibt ihr sogar eine viel weitgehendere Wirkung zu als Nölting. Das Kapitalmonopol und der Druck der industriellen Reservearmee bewirke nämlich, daß die Arbeiter ihre Arbeitskraft gegen den bloßen Ersatz des Existenzminimums, d. h. zu ihrem Wert zu verkaufen gezwungen sind. Dadurch wird, nach Marx, der Lohn zu einer ökonomischen Kategorie.

In Wirklichkeit liegt es Nölting auch durchaus fern, eine Marx gegenüber verbesserte Begründung der Ausbeutung zu liefern. Sagt er doch:

> „Heute haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert. Zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern werden Rechtsverhältnisse geschaffen, Tarifverträge abgeschlossen. Wir können heute gemeinhin nicht mehr von einer Ausbeutung des Arbeiters durch seinen Unternehmer sprechen." [55])

Nölting will also mit der von ihm vertretenen Machttheorie des Lohnes nicht beweisen, daß der Kapitalist auf Grund seiner sozialen Machtstellung in der Lage ist, dem Arbeiter einen Mehrwert abzupressen, sondern worauf es Nölting ankommt, ist, die These zu begründen, daß die Arbeiterklasse durch politischen Machteinsatz dazu fähig sei, die Kapitalisten zur Zahlung hoher Löhne zu zwingen.

> „Die Machttheorie des Lohnes ist der Ausdruck eines neuen Machtgefühls, das vom organisierten Arbeitsmarkt einer Arbeiterschaft zuströmt, die es lernte, die Vielzahl der sich Anbietenden zu einem politischen Einheitswillen zusammenzuschließen. . . . Wie die Technik zeugt von einem erstarkenden Machtgefühl gegenüber der Natur, so klingt in der neuen Lohntheorie das Echo des Marschtritts der organisierten Arbeiterbataillone." [56])

---

[55]) Volkswirtschaftliche Vorträge, herausgegeben vom ADGB, 1922. Vortrag IV, Ziffer 17.

[56]) Nölting, Einführung, S. 144.

Anders als Nölting geht Eduard Heimann vor, um die Ausbeutungstheorie zu widerlegen.

Nölting hatte zunächst einmal abstrakt die Tatsache der Ausbeutung anerkannt. Ursprünglich könne der Kapitalist auf Grund seines Klassenmonopols an den Produktionsmitteln dem Arbeiter einen Monopoltribut, den Mehrwert, abpressen. Die Arbeiterklasse sei aber in der Lage, sich zu widersetzen und die Ausbeutung hinfällig zu machen.

Heimann — der liberale Sozialist — dagegen, will von einer Abhängigkeit des Arbeiters vom Kapitalisten nicht wissen. Eine einseitige Abhängigkeit des Arbeiters vom Kapitalisten existiere nicht, denn auch der Kapitalist sei ja vom Arbeiter abhängig. Der Arbeiter ist auch nicht eigentumslos, denn er ist ja Eigentümer seiner Arbeitskraft.

Heimann wendet gegen die Marx'sche Ausbeutungstheorie ein, daß ja nicht nur der Arbeiter vom Kapitalisten, sondern auch der Kapitalist vom Arbeiter abhängig sei. Es bestehe keine einseitige, sondern eine wechselseitige Abhängigkeit. Heimann verwirft auch die Auffassung, daß der Grad der Abhängigkeit und des Angewiesenseins auf der einen Seite stärker sei, als auf der anderen. Vielmehr wechseln die Konstellationen derart, daß das Übergewicht bald auf der Seite der Arbeiter, bald auf der des Kapitals läge. Der Aufstieg der Arbeiterklasse im letzten Jahrhundert beweise die Chancen, die der Liberalismus dem Arbeiter biete.

> „Wenn man — durchaus im Sinne des Liberalismus — die Ausstattung mit Eigentum als die Bedingung der Freiheit betrachtet, so kann man den Arbeiter nicht als eigentumslos bezeichnen; seine Arbeitskraft ist ihrem früheren Eigentümer, dem Feudalherrn, enteignet und ihm selbst übereignet worden . . ." [57])

Doch zurück zu Nölting.

> „Man leugnet heute ein wirtschaftliches Naturgesetz, das vorschreibt, wieviel der jährlich produzierten Güter der Arbeit, wieviel dem Besitz zufallen. Die Verteilung wird empfunden als eine Frage der Macht und der Organisation, nicht aber nur als eine zwingende, marktmäßige Verflechtung. . . . Der sich selbst überlassenen „r e i n e n" Ökonomie tritt gegenüber die „politische" Ökonomie, die Idee der bewußten Formung und machtmäßigen organisatorischen

[57]) Heimann, Soziale Theorie des Kapitalismus, S. 15/16.

Gestaltung. Der Vorgang der Lohnpreisbildung wird zu einer taktisch und strategisch immer planmäßiger betriebenen Kriegsführung.“ [58])

Nölting betont, daß der politische Machteinsatz zu einer „Abbiegung und Umgestaltung“ der ökonomischen Gesetzmäßigkeit führe. Welche letzten Auslösungen der politische Machteinsatz hervorrufe, sei von vornherein nicht mit Gewißheit zu bestimmen. Es müsse das Bewußtsein genügen, daß der Kapitalismus elastische Wände habe.

Es ist bemerkenswert, daß Nölting sich die Oppenheimer'sche Trennung der „reinen“ und der „politischen“ Ökonomie zu eigen macht.

Ökonomische Gesetze gelten nur in der „idealen reinen Arbeitsgesellschaft“, in der realen kapitalistischen Gesellschaft dagegen herrschen Macht und Willkür und stören fortgesetzt die Gesetze der „reinen Ökonomie“.

Nölting zieht allerdings nicht die Konsequenz, die er ziehen müßte. Da nämlich nach Oppenheimer-Nölting die Macht eine irrationale, der Erkenntnis unzugängliche Größe ist, könnte die nationalökonomische Wissenschaft nicht, wie Nölting im ersten Kapitel seines Buches fordert, die Gesetzmäßigkeiten und Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft aufdecken, sondern müßte sich auf die Erforschung der „reinen Arbeitsgesellschaft“ beschränken. Es käme dementsprechend der Wissenschaft keine reale, sondern nur eine „ideale“ Wahrheit zu.

Indem Nölting alle ökonomischen Verhältnisse auf Machtverhältnisse reduziert, verwandelt er alle ökonomischen Kategorien in politische Kategorien. Es setzen sich in der Wirtschaft nicht wirtschaftliche Gesetze durch, sondern es herrschen neben Macht und Willkür „allerlei irrationale Faktoren, Phlegma, Gutmütigkeit, außerwirtschaftliche Erwägungen.“ [59])

So gibt es weder einen objektiven Preis, noch einen ökonomisch bestimmten Lohn. Der Lohn ist ein politischer Lohn.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind nicht Produktionsverhältnisse, sondern Distributionsverhältnisse.

„Der Verteilungsmodus bestimmt maßgeblich die Gesellschaftsstruktur. Nach der Produktionsordnung unterscheiden sich die Berufe, nach der Einkommensordnung die

[58]) Nölting, a. a. O., S. 145.
[59]) Nölting, a. a. O., S. 13.

Klassen. Denn die Klassen beruhen auf Diesselbigkeit der Einkommensbezüge.“ [60])

Indem Nölting die Marx'sche These, daß die Verteilungsverhältnisse durch die Produktionsverhältnisse bestimmt werden, umkehrt, macht er den Weg frei für die sozialdemokratischen Lohntheorien, die von der Voraussetzung ausgehen, daß die Verteilungsverhältnisse ohne Umgestaltung der Produktionsverhältnisse geändert werden können, und darüber hinaus für die reformistische Theorie der Umwandlung der Gesellschaftsstruktur auf dem Wege der Beeinflussung der Verteilung.

In Fortführung des Nölting'schen Gedankens sagt Braunthal:

„Der gewaltige Klassenkampf, der sich in der modernen Gesellschaft abspielt, ist primär ein Kampf um die Verteilung des Sozialprodukts, und erst sekundär treten die großen Fragen der Organisation der Wirtschaft auf den Plan.“ [61])

Nach der sozialdemokratischen Theorie existiert keine praktische Begrenzung für die Höhe des Arbeitslohnes. Die theoretische Grenze ist die Produktivität der Arbeit. Wie weit der Lohn sich von seinem unteren Grenzpunkt entfernt und an seine obere Grenze heranrückt, hängt lediglich von den Machtverhältnissen ab, deren Gestaltung zugunsten der Arbeiterklasse insbesondere durch die Gewerkschaftsbewegung zu erreichen ist.

„Die Armut — sagt Tarnow — ist kein ökonomisches Muß, sondern eine soziale Krankheit, deren Heilbarkeit auch schon im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft außer Zweifel steht.“ [62])

„Es ist nicht einzusehen, warum nicht auch schon im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung diese Fehler der Wirtschaftsorganisation verbessert werden können. Wir halten nichts von einem dogmatischen Fatalismus, der das Elend und die immer weiter zunehmende Verelendung der arbeitenden Massen als unüberwindliches ökonomisches Naturgesetz der kapitalistischen Wirtschaftsepoche ansieht.“ [63])

---

[60]) Nölting, a. a. O., S. 98.

[61]) Braunthal, Die Wirtschaft der Gegenwart, S. 48.

[62]) Fritz Tarnow, Warum arm sein?, Berlin 1929, S. 71.

[63]) Tarnow, a. a. O., S. 13.

4) Die neuen Aufgaben der Gewerkschaften. („Produktionspolitik").

Die Auffassung, daß der Klassenkampf in erster Linie ein Kampf um die Verteilung des Sozialprodukts sei, ist wesentlich insbesondere für die Aufgaben, welche die Sozialdemokratie den Gewerkschaften stellt.

Die Marx'sche Auffassung, wonach die Gewerkschaften vor allem Schulen des revolutionären Kampfes sein sollten, die den Kampf um die Tagesinteressen stets mit dem revolutionären Kampf zum Sturz des Kapitalismus zu verbinden und diesem unterzuordnen hätten,[64]) diese Marx'sche Gewerkschaftstheorie ist schon zu Marx' Lebzeiten auf den Widerstand der Gewerkschaftsführer gestoßen.

Die sozialdemokratische Theorie der Nachkriegszeit weist den Gewerkschaften ausschließlich in kapitalistischem Rahmen liegende Aufgaben zu.

Diese Aufgaben beschränken sich nicht auf den Kampf um den Anteil am Sozialprodukt, sondern werden ergänzt durch positive „Produktionspolitik".

Die Aufgabenstellung der Produktionspolitik entspricht der Verknüpfung der Machttheorie mit der Produktivitätstheorie als Lohnes.

Die Verknüpfung ist folgende:

Die Lohnhöhe hängt ab:

1. von der Größe des Sozialprodukts,
2. von der relativen Größe des Anteils der Arbeiterklasse am Sozialprodukt.

Das Verhältnis, in dem das Sozialprodukt zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten aufgeteilt wird, wird durch die politischen Machtverhältnisse bestimmt. Bei einem gegebenen Auf-

---

[64]) Vgl. Engels: „Die Streiks sind die Kriegsschule der Arbeiter, in der sie sich auf den großen Kampf vorbereiten, der nicht mehr zu vermeiden ist..." (Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, 8. Aufl. S. 227.)

„Gewerkschaften sind wirksam als Zentren des Widerstandes gegen Übergriffe des Kapitals. Sie erweisen sich in Einzelfällen als unwirksam, infolge unbedachten Gebrauchs ihrer Macht. Sie verfehlen im allgemeinen ihren Zweck dadurch, daß sie sich auf einen Guerillakrieg gegen die Wirkungen des gegenwärtigen Systems beschränken, statt gleichzeitig auf seine Umwandlung hinzuarbeiten und ihre organisierte Kraft als einen Hebel für die endgültige Emanzipation der arbeitenden Klasse, d. h. die endgültige Abschaffung des Lohnsystems zu gebrauchen."

(Marx, Lohn, Preis, Profit. Elementarbücher des Kommunismus, Berlin 1928, S. 67.)

teilungsverhältnis muß der Anteil der Arbeiter desto größer sein, je größer das Sozialprodukt ist.

Aufgabe der Arbeiterklasse ist es daher, die Produktivität der Volkswirtschaft — soweit sie dazu beitragen kann — nach Kräften zu steigern.

Über die Entwicklung der Gewerkschaftspolitik von der reinen Lohnpolitik zur Produktionspolitik sagt Hilferding:

> „In der Gesellschaft der freien Konkurrenz konnten die Gewerkschaften nur den unmittelbaren Klassenkampf zwischen Unternehmern und Arbeitern um den Ertrag der Produktion, um kürzere Arbeitszeit und höheren Lohn führen. Jetzt stellen sich die Gewerkschaften immer mehr andere Aufgaben.“ [65])

Die Zielsetzung der „Produktionspolitik“ bedeutet ein neues Bekenntnis zur „Arbeitsgemeinschafts“-Parole.

> „Steigerung der Produktivität der Volkswirtschaft — hinsichtlich dieses allgemeinen Zieles besteht wahrlich kein Gegensatz zwischen Unternehmern und Gewerkschaften. Die Gewerkschaften wissen genau so gut wie die Unternehmer, daß es darauf ankommt, ‚durch möglichste Ersparnis an volkswirtschaftlichen Produktionskosten, durch möglichste Verbilligung aller Produkte das Gesamtprodukt auf das möglichste Maximum zu bringen, das Gesamtprodukt rascher wachsen zu lassen als die Bevölkerung‘ (Heinrich Dietzel). Dieses gemeinsame Interesse an der Steigerung der Produktivität bildet eine sichere Grundlage für die Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeit und Kapital.“ [66])
>
> „Die alte Gewerkschaftsbewegung stellte sich ganz auf den Gegensatz zwischen den Arbeitern und den Unternehmern ein. . . . Heute weitet sich entschieden der Kreis der Gewerkschaftspolitiker, denen die überragende Bedeutung der Produktionspolitik für die gesamte Lage der arbeitenden Klasse Deutschlands aufgegangen ist . . . Die neue Arbeitsforschung, die Untersuchungen über das Taylor-System, die Bestrebungen zur Standardisierung der Produktion, die arbeitspsychologischen Feststellungen über rechtzeitige Arbeitspausen und dergleichen: alle solche und ähn-

[65]) Hilferding in seiner Rede auf dem Kieler Parteitag der SPD 1927.

[66]) Lothar Erdmann, Zum Problem der Arbeitsgemeinschaft, Die Arbeit, 1926, Heft 10.

liche Methoden zur Steigerung der Produktion sind eingehend und sachlich auf einem Gewerkschaftskongreß zu diskutieren. . . . Es ist hohe Zeit, daß die Gewerkschaften die bewußten Förderer und energischen Mehrer der Wirtschaft werden." [67])

Heinrich Pëus sucht die Aufgabe der Produktionspolitik aus dem „sozialistischen Geist" abzuleiten.

„Auch die Gewerkschaften sind noch nicht von dem Geist des Sozialismus erfüllt, der für sie und von ihnen gefordert werden muß. Nur möglichst hohe Löhne zu erzielen, ohne sich den ganzen Produktionsprozeß und seinen Zweck klarzumachen, geht nicht an. Möglichst hohe Produktion muß das allgemeine Ziel sein. . . . Der sozialistische Produktionsgeist muß auch schon in die kapitalistischen Betriebe hineingetragen werden. . . . Wir müssen die kapitalistischen Betriebe so behandeln, als wären wir heute schon berufen, sie selber zu leiten und die besten Wege ausfindig zu machen, um zu möglichst intensiver Produktion und damit auch zu einem möglichst hohen Anteil der Arbeiter am Arbeitsprodukt zu gelangen. . . . Der Sozialismus, nicht nur der kritische, sondern der aufbauende Sozialismus, kann uns allein helfen." [68])

In einem Artikel in der „Arbeit", Juni 1930, von Hans Mars über „Neue gewerkschaftliche Aufgaben" werden die Gedankengänge von Kampffmeyer unterstrichen und vertieft.

„Vor dem Kriege war die Einstellung ziemlich allgemein, daß die Produktionspolitik die alleinige Sorge der Unternehmer wäre und die Gewerkschaften nur die Sorge für das Wohlergehen und die Besserstellung der Arbeitnehmer hätten."

Mars schildert wie die Gewerkschaften nunmehr Produktionspolitik betreiben und fordert eine programmatische Zusammenfassung dieser Politik. Als Zweige der Produktionspolitik führt er u. a. an: Menschenökonomie und Pflege der Arbeitsfreude, ferner fordert er Mitarbeit der Gewerkschaften bei der Einführung neuer Warentypen, der Auffindung neuer Absatzmethoden, na-

[67]) Paul Kampffmeyer, Der Produktionsgedanke in den Gewerkschaften, Sozialistische Monatshefte, August 1925, S. 451.

[68]) H. Pëus, Sozialistischer Geist, Sozialistische Monatshefte, Mai 1925, S. 275/76.

mentlich neuer Reklameideen, die Hintanhaltung der Fehlrationalisierung im Betriebe, die Vermeidung unnötigen Materialabfalls und Energieverbrauchs, richtiges Instandhalten und Verwenden maschineller Betriebseinrichtungen, die Führung einer produktionspolitischen Betriebsstatistik, und die richtige Durchführung der Akkordarbeit.

Professor Paul Arndt, ein Verfechter der Produktivitätstheorie, äußert seine Genugtuung über die Anerkennung dieser Theorie durch die Gewerkschaften und die praktisch-politischen Konsequenzen, die in positiver Wirtschaftspolitik, insbesondere auch in der tätigen Mitwirkung der Gewerkschaften an der Rationalisierung zum Ausdruck kommen.

> „Noch wichtiger als die Zustimmung von Theoretikern scheint mir die wachsende Anerkennung der Richtigkeit der Produktivitätstheorie in den Kreisen der Gewerkschaftsführer zu sein. . . . Diese Erkenntnis hat sich bei ihnen in der letzten Zeit erfreulicherweise so sehr gefestigt, daß sie den Mut aufgebracht haben, die geplante, großzügige Rationalisierung der deutschen Wirtschaft zu billigen."

Arndt ist voll des Lobes für die Gewerkschaftsführer.

> „Ihrer großen Verantwortung bewußt, sind die Gewerkschaften noch einen bedeutsamen Schritt weiter gegangen. Sie bleiben gegenüber dem Ablauf der Konjunktur nicht mehr wie früher resigniert und untätig stehen, und überlassen es nicht mehr nur dem Schicksal, bzw. den Unternehmern, die Wirtschaft zu lenken, sondern sie versuchen allen Ernstes, Konjunkturpolitik zu treiben. . . . Wie fern lag eine solche positive Wirtschaftspolitik den früheren sozialistischen Politikern wie Marx, Engels, Bebel und anderen. . . . Die Gewerkschaften haben sich zu verantwortungsbewußten positiv mitarbeitenden Organen der Volkswirtschaft entwickelt. [69])

Und Leipart darf mit Recht sagen:

> „Auch die Gewerkschaften ließen sich nicht, wie ihnen zum Vorwurf gemacht wurde, nur von egoistischen Gesichtspunkten, mit dem Ziel der Hebung der Arbeiterklasse lei-

[69]) Paul Arndt, Vorwort zu dem Buch von Dr. Scheffbuch, „Der Einfluß der Rationalisierung auf den Arbeitslohn".

ten, sondern ebenso von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten.“ [70])

Die Verknüpfung der Machttheorie mit der Produktivitätstheorie des Lohnes erlaubte es den Gewerkschaftsführern, in voller Überzeugung von der gleichzeitigen Vertretung egoistischer und nationalwirtschaftlicher Belange zu sprechen.

5) Die Kaufkrafttheorie.

Wir haben uns schließlich mit der dritten sozialdemokratischen Lohntheorie zu beschäftigen — die sich übrigens durchaus in den Rahmen der beiden anderen einfügt —, mit der Kaufkrafttheorie oder der „Theorie der hohen Löhne“.

Die Theorie der hohen Löhne, die die deutschen Gewerkschaftsführer von ihrer Studienreise aus Amerika mitgebracht haben, wurde vor allem in der populären Argumentation viel angewandt.

Die Theorie besagt: Die Erhöhung der Löhne liegt im gemeinsamen Interesse der Arbeiter und der Unternehmer. Die hohen Löhne fördern die Prosperität und mildern die Krisen. Durch Lohnsteigerungen vermehrt sich die Kaufkraft auf dem Innenmarkt, die Produktion wächst und die Profite steigen.

Die Kaufkrafttheorie, auch „Tarnow'sche Lohntheorie“ genannt, wurde von Tarnow, wie er selbst sagt, Henry Ford entlehnt.

„Das Buch von Henry Ford“ — sagt Tarnow in seiner Schrift „Warum arm sein?“, in der er die Theorie erläutert, — „ist für mich die revolutionärste Schrift der ganzen bisherigen Wirtschaftsliteratur.“ [71])

Die Tarnow'sche Schrift stellt eine endlose Epistel über die allgemeinen Vorteile hoher Löhne dar, unter fortwährender Berufung auf Amerika als Beispiel und Vorbild. Eine wahrhaft blinde Liebe läßt Tarnow über die Schattenseiten des amerikanischen Kapitalismus hinwegsehen.

Tarnow sucht die Unternehmer davon zu überzeugen, daß sie daran interessiert seien, hohe Löhne zu zahlen. [72])

---

[70]) Zitiert bei Elisabeth Schalldach, Die Rationalisierungsmaßnahmen der Nachinflationszeit, S. 14.

[71]) a. a. O., S. 19.

[72]) Diese Argumentation liegt auf derselben Ebene wie die Argumentation der Industriesyndici, die ihrerseits den Arbeitern klarzumachen suchen, daß niedrige Löhne und starke „Kapitalbildung“ in ihrem Interesse lägen. Das eine

Zum Beweis dafür, daß die amerikanischen Unternehmer sich bereits die Theorie der hohen Löhne zu eigen gemacht haben, zitiert Tarnow einen Artikel des damaligen amerikanischen Handelsministers Hoover aus dem Jahre 1926.

> „Selbst in kritischen Zeiten haben bei uns die Unternehmer eher alle anderen Mittel versucht, ehe sie zu einem Lohnabbau schritten. Sie haben sich lieber mit dem Gedanken der Rationalisierung der Betriebe, der Verbesserung der Betriebsorganisation und mit der Einführung arbeitssparender Maschinen befaßt, sie haben lieber den Produktionsprozeß zu verbessern und den verwaltungstechnischen Teil ihrer Betriebe zu verfeinern gesucht. Die Durchführung dieser Verbesserungen hat dadurch oft trotz der durchgängig gezahlten hohen Löhne die Produktionskosten per Einheit der Erzeugung unter denjenigen Kosten gehalten, die Länder mit billigen Arbeitskräften und erhöhten Arbeitsstunden zu zahlen verpflichtet waren.“ [73])

6) Lohn und Rationalisierung.

Die Lohnfrage steht im Zusammenhang mit der Rationalisierungsfrage, wie sich schon in dem Abschnitt über „Produktionspolitik“ gezeigt hat. Dort wurde bereits die generelle Grundhaltung der Sozialdemokratie zu der Frage ersichtlich, so daß wir uns hier auf die spezielle Stellungnahme beschränken können.

Da Tarnow den amerikanischen Kapitalismus, so wie er ihn im Jahre 1928 gesehen hat, als die schlechthin ideale Wirtschaft betrachtet, ist es nicht verwunderlich, daß er nichts von den Widersprüchen einer starken Produktionsausweitung ahnt.

Er empfiehlt den deutschen Industriellen, so viel ausländisches Leihkapital wie nur möglich aufzunehmen.

> „Nichts wäre für die Volkswirtschaft törichter, als die sich bietenden Gelegenheiten, ausländisches Leihkapital in Anspruch zu nehmen, nicht auszunutzen, vorausgesetzt natürlich, daß damit nun tatsächlich eine Mehrproduktion in

---

Argument ist so unwissenschaftlich wie das andere, so unwissenschaftlich wie jede Ideologie, die nicht von dem Willen nach Erkenntnis ausgeht, sondern bewußt oder unbewußt von bestimmten Klasseninteressen, die unversehens zu Theoremen werden.

[73]) Tarnow, a. a. O., S. 52.

Regung gerät, aus der die Mittel für den Schuldendienst fließen.“ [74])

Die Stellung der Arbeiterschaft zur Rationalisierung müsse positiv sein, sagt Tarnow, denn er verspricht sich als Folge der Rationalisierung Lohnsteigerungen. Die durch die Rationalisierung verursachte Erwerbslosigkeit sei vorübergehend.

Die Bedeutung von Rationalisierungsausschüssen, wie das „Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit“, sei nicht zu unterschätzen. Schon deswegen, weil sie immerhin einen Fortschritt „von der individualistischen zur kollektivistischen Wirtschaftsführung“ darstellen.

Auch in dieser Hinsicht sei Amerika „das große Vorbild, das immer aufs neue, nicht nur aus der Theorie heraus, sondern aus der Praxis, erstaunliche Resultate verbesserter Arbeitsmethoden zeigt.“ [75])

Die Stellung der Gewerkschaften zur Rationalisierung ist ausführlich niedergelegt in einer Schrift „Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik“, die eine Replik auf die Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie „Deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik“ darstellt.

Im Vorwort heißt es, die Gewerkschaften seien der Ansicht, „daß ihre sozialpolitischen Forderungen auf das engste mit der Gestaltung der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik und mit dem Gesamtaufbau der Gütererzeugung und Güterverteilung zusammenhängen.“ Deshalb forderten sie Beteiligung der Arbeitnehmerschaft an der Wirtschaftsführung.

Unbeschadet der Erkenntnis, daß die Arbeitnehmer und Arbeitgeber „um die relative Größe ihrer Anteile am Ertrag der Arbeit“ gegeneinander kämpfen müssen, sind die Gewerkschaften der Ansicht, daß eine gemeinsame Arbeit, insbesondere zur „Entfaltung der produktiven Kräfte“ möglich und erstrebenswert sei.

„In Übereinstimmung mit der Reichsverbandsdenkschrift halten wir die Rationalisierung, d. h. die Anwendung aller technischen und organisatorischen Mittel, um die Ergiebigkeit des Sach- und Arbeitsaufwandes in der Produktion zu steigern, für

---

[74]) Tarnow, a. a. O., S. 15.
[75]) Tarnow, a. a. O., S. 19.

eine der wichtigsten Voraussetzungen der Wohlstandssteigerung.“ [76])

Zusammenfassend wird zur Frage der Rationalisierung gesagt:

„Die Rationalisierung ist notwendig. Sie ist nicht nur eine Betriebs-, sondern auch eine Gewerkschaftsaufgabe. Ihr Ziel muß Verbilligung der Produktionskosten und Preise bei gleichzeitiger Erhöhung der Löhne sein. Nur auf dem Wege über diese Steigerung der Massenkaufkraft können die arbeitslosen Arbeitnehmer von neuem Beschäftigung finden.“

„Die Durchführung der Rationalisierung muß unter Mitwirkung der Betriebs- und Wirtschaftsräte und unter Vermeidung sozialer Härten geschehen.“ [76])

Während man den Unternehmern gegenüber die Bereitschaft zur Mitarbeit an der Rationalisierung mit gleichzeitiger Forderung nach Lohnerhöhung ausdrückt, sucht man den Arbeitern die bittere Pille der Rationalisierungs-Erwerbslosigkeit durch Zukunftshoffnungen zu versüßen.

„Jeder Rationalisierungsschritt ist eine Strecke auf dem Wege der Rückkehr zur Konsumwirtschaft, allerdings in großkapitalistischen Organisationsformen, doch ohne großkapitalistischen Geist und ist folglich ein großes Stück Sozialisierung. Ein jahrtausendealter Traum der Arbeiterklasse wird somit in Erfüllung gehen.“ [77])

Im übrigen lieben es die Partei- und Gewerkschaftsführer in der Rationalisierungsperiode über das historisch-ökonomische Problem der Rationalisierung hinwegzusehen und ihre technische Seite in den Vordergrund zu stellen.

So der Gewerkschaftsführer Eggert in einem Referat über „Rationalisierung und Arbeiterschaft“. [78])

Rationalisierung — sagt Eggert — sei nichts anderes, als die „praktische Anwendung technischer Errungenschaften und betriebsorganisatorischer Erkenntnisse im Arbeitsprozeß. . . . Grundsätzlich Neues liegt, wie wir sofort erkennen, im Begriff der Rationalisierung nicht. Denn seitdem die Menschen ihre Werke mit Überlegung verrichten, streben sie rastlos nach deren Vervollkommnung und nach Erfindung von Hilfsmitteln für die Arbeit,

[76]) Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik, S. 30.

[77]) Die Arbeit, Jahrg. 1926, № 4.

[78]) Zitiert bei Schalldach a. a. O., S. 17.

nach deren Vervollkommnung und nach höherer Planmäßigkeit in der Wirtschaft. Dieser Tatendrang des menschlichen Geistes, Werkzeuge, Geräte, Maschinen zu ersinnen, die Natur zu erforschen, ihre Kräfte zu bändigen, und alles in den Dienst des wirtschaftlichen Aufstiegs zu stellen, äußert sich mehr oder weniger in jedem Zeitabschnitt der Geschichte."

Der Widerspruch in der Beurteilung der Rationalisierung im Jahre 1928 und im Jahre 1930 ist eklatant. 1928 konnte Tarnow noch schreiben: Warum arm sein? Rationalisierung bedeutet Lohnsteigerung und es ist nicht einzusehen, warum nicht auch im Kapitalismus nachteilige Folgen für die Arbeiterschaft abgewendet werden können. Zwei Jahre darauf muß Tarnow sich von seinem Kollegen Naphtali berichtigen lassen:

> „Der Fluch, die Quelle der Krise ist die Rationalisierung insofern, als sie sich im kapitalistischen System s t e t s (! K. L.) mit Disproportionalität, planlos, verbunden mit vielen Fehlschlägen, vollzieht." [79])

7) Lohn und Kapitalbildung.

Dr. Karl Massar unternimmt den Versuch, die Kaufkrafttheorie, die von Tarnow in etwas vulgärer Form entwickelt wurde, wissenschaftlich zu begründen, und zwar insbesondere in ihrem Zusammenhang mit der Kapitalbildung. [80])

Die These, von der Massar ausgeht, ist dieselbe wie bei Tarnow: Hohe Löhne liegen in allgemein volkswirtschaftlichem Interesse; sie kommen gleichermaßen den Arbeitern und den Unternehmern zugute.

Massar spricht von der „innigen Verknüpfung von Arbeiterwohlstand und fortschreitender Kapitalisierung". [81]) Auch er steht unter dem Bann Amerikas, sowie der Rationalisierung. Hohe Löhne seien ein „Mittel zur Durchsetzung von Rationalisierungen und ein starker Motor wirtschaftlichen Fortschritts". Massar ist der Auffassung, „daß ein recht hoher Prozentsatz des größeren Wohlstandes Amerikas aus der zum großen Teil durch den hohen Lohnstand bedingten besseren Arbeits- und Betriebsorganisation stammt." [82])

---

[79]) Fritz Naphtali, Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, Berlin 1930, S. 15.
[80]) Massar, Die volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne, Berlin 1927.
[81]) a. a. O., S. 34.
[82]) a. a. O., S. 37.

Die These, die Massar besonders beweisen will, ist folgende: Lohnerhöhungen erfolgen nicht auf Kosten der Kapitalbildung, sondern Lohnerhöhung und Kapitalbildung gehen Hand in Hand.

Es erhebt sich also die Frage, aus welchem Fonds die Lohnerhöhungen stammen. Nicht aus dem Akkumulationsfonds, sagt Massar, sondern aus dem zum Konsum bestimmten Teil des Unternehmereinkommens. Lohnerhöhungen bewirken nicht eine Verminderung der Akkumulationsquote, sondern lediglich eine Einschränkung des Unternehmerkonsums zugunsten des Massenkonsums. [83])

Andere sozialdemokratische Theoretiker sehen die heilsame Wirkung der Lohnerhöhungen gerade in dem Ausgleich des Mißverhältnisses zwischen Kapitalakkumulation und kaufkräftiger Nachfrage.

Massar dagegen denkt keinesfalls an eine Verminderung der Kapitalakkumulation.

> „In der Praxis . . . wird eine Akkumulationsverminderung unter gewöhnlichen Verhältnissen auf die Dauer nicht erfolgen und zwar aus vorwiegend psychologischen Gründen. Der normale Mensch ist mit einem Spartrieb ausgestattet, mit einer Versorgungstendenz für die Zukunft, einem Zwang, der in besonderen Fällen so stark zu sein vermag, daß er wichtige Bedürfnisse, wie Hunger, Durst u. s. f. zu übertönen imstande ist. Der Unternehmer scheint mit einem solchen Spartrieb ganz besonders ausgestattet zu sein." [84])
>
> „Daß in der Tat eine Minderung der Kapitalisation als Folge der Lohnerhöhungen auf die Dauer nicht eintritt, geht auch unmittelbar aus praktischen Fällen hervor. Das klassische Beispiel ist auch hier wieder Amerika. . . . Hier

---

[83]) Diese Behauptung ist in der Allgemeinheit, in der sie Massar aufstellt, höchst anfechtbar. Es könnte theoretisch angenommen werden, daß Lohnerhöhungen, solange sie sich in gewissen engen Grenzen halten, wirklich die Akkumulation nicht berühren und aus dem Konsumtionsfonds der Unternehmer stammen. Das würde voraussetzen, daß der Konsumtionsfonds vor der Lohnerhöhung sehr reichlich bemessen ist. Dann könnte er wohl eine einmalige, niemals aber eine permanente Schmälerung ertragen — und Massar denkt doch an eine fortgesetzte Lohnerhöhung. Die Voraussetzung Massars würde überdies nicht zutreffen, da nach Massar der Unternehmer von Haus aus mit einem starken Spartrieb ausgestattet ist. Schließlich wäre in keinem Fall bewiesen, was Massar ja auch beweisen will, daß die Lohnerhöhung auch dem Unternehmer zugute kommt. Der Unternehmer wird sich gleichermaßen gegen eine Schmälerung seines Akkumulationsfonds, wie seines Konsumtionsfonds wehren.

[84]) a. a. O., S. 49.

vermag trotz Lohnerhöhung . . . unvermindert Kapital zur Anlage zu kommen. . . . Die unmittelbare Folge von Lohnerhöhungen wird . . . immer Profitverminderung sein. Der Unternehmer wird aber sofort Mittel und Wege ersinnen, um dieser Profitverminderung möglichst bald aus dem Wege zu gehen.“ [85])

Es sei letzten Endes gerade die Klasse der Unternehmer, die aus den durch höhere Löhne erzielten wirtschaftlichen Veränderungen den Vorteil habe, neben dem Arbeiter, dem der Lohn erhöht wurde. „Nicht der einzelne Unternehmer, der mag in vielen Fällen im Nachteil sein, sondern die Klasse toto genere.“ [86])

Auch Braunthal polemisiert gegen die Auffassung, daß hohe Löhne die Kapitalbildung beeinträchtigen. [87]) Steigende Löhne würden im Gegenteil die Kapitalbildung direkt anspornen und fördern. „Der Unternehmer, der von einer Lohnsteigerung betroffen wird, wird dazu gedrängt, ihr nicht nur durch Erhöhung der Preise auszuweichen, . . . sondern durch eine Erhöhung der Produktivität der Arbeit.“

Während die sozialdemokratische Fassung der Produktivitätstheorie, wie wir sie bisher kennenlernten, besagte: Die Lohnhöhe hängt ab von der Produktivität, eine hohe Produktivität ermöglicht hohe Löhne, dreht Braunthal nun die Produktivitätslehre des Lohnes um und sagt: Hohe Löhne steigern die Produktivität.

„Zwischen der Lohnhöhe und der Arbeitsproduktivität waltet ein gesetzmäßiger Zusammenhang: Je niedriger die Löhne, desto geringer der Vorteil arbeitssparender Kapitalanlagen, desto unrentabler der Ersatz der menschlichen Arbeitskraft durch kostspielige Maschinen. . . . Steigende Löhne zwingen daher zu steigender Produktivität. Da aber das Wachstum der Produktivität . . . das Sozialprodukt erhöht, verbreitert es auch die Basis der Kapitalbildung und fördert sie unmittelbar.“

Andererseits verstärke diese Wirkung der steigenden Löhne aber auch die psychischen Antriebe zur Kapitalbildung. Die Erhöhung der Produktivität, mittels derer der Unternehmer dem Druck der steigenden Löhne auf den Profit ausweichen will, setze eine entsprechende Kapitalinvestition voraus, die den Unternehmer

---

[85]) a. a. O., S. 51.

[86]) a. a. O., S. 69.

[87]) Braunthal, Kapitalbildung und Lohnhöhe, Die Arbeit, 1929, S. 205.

zwinge, seinen Verbrauch zugunsten der Kapitalbildung einzuschränken.

Die Massar'sche Schrift war im Jahre 1927 erschienen, zu einer Zeit aufsteigender Konjunktur und sich erweiternder Produktion.

Als im Jahre 1929 mit dem Zusammenbruch der Konjunktur die Kreditkrise einsetzte, und mit ihr eine akute Knappheit an flüssigem Kapital, wurde es offensichtlich, daß in der Rechnung, so wie Massar sie aufgestellt hatte, irgend etwas nicht stimmt.

Massar hatte eine fortschreitende Kapitalbildung als organische Folge steigender Nachfrage auf dem Warenmarkt betrachtet.

Nun, da sich der Mangel an Kreditkapital zeigte, wurde die Forderung nach „Kapitalbildung" beherrschend.

Die Theorie der hohen Löhne mußte dementsprechend modifiziert werden. An die Stelle des Kaufkraftarguments trat das Sparargument.

Die Notwendigkeit der Kapitalbildung wird zugegeben; gleichzeitig hält man aber an der Forderung nach hohen Löhnen fest.

Dies wurde folgendermaßen begründet:

Kapitalbildung ist notwendig, aber diese wird nicht durch Lohnsenkung, sondern im Gegenteil durch Lohnerhöhung erreicht; wenn die Arbeiter hohe Löhne bekommen, dann sparen sie, und es wird neues Kapital für die Wirtschaft gebildet.

Die ganze Theorie und Politik der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften wird auf die Förderung der Kapitalbildung eingestellt.

In Artikeln und Denkschriften wird die Notwendigkeit der Kapitalbildung anerkannt und begründet.

> Überblickt man von diesen Gesichtspunkten die Kapitalsituation der deutschen Wirtschaft, so muß man, nach Abwägung alles Für und Wider zweifellos zu dem Schluß kommen, daß eine möglichst starke innere Kapitalbildung . . . für absehbare Zeit eine Erleichterung für die Gesamtlage der Wirtschaft mit sich bringen würde . . . Es soll nochmals zugestanden werden: die heutige Situation der deutschen Wirtschaft erfordert eine möglichst hohe Kapitalbildung." [88])
>
> „Wer arm ist, kann nur durch Sparen und Arbeiten wieder zu Wohlstand gelangen, nicht aber durch gesteiger-

[88]) Braunthal, Kapitalbildung und Lohnhöhe, Die Arbeit, April 1929, S. 223

ten Güterverbrauch. . . . Diese ganze Betrachtung ist überhaupt unabhängig von der Wirtschaftsform, sie gilt für eine sozialistische Wirtschaft so gut wie für die kapitalistische. Auch die sozialistische Gesellschaft muß ja „Kapital bilden", d. h. genügende Rücklagen zur Fortführung und Erweiterung der Produktion machen. Auch in ihr gibt es einen Widerstreit zwischen den Menschen der Gegenwart, die möglichst viel verbrauchen, und den Menschen der Zukunft, die sparen und die Produktion verbessern und erhöhen wollen. Das ist auch heute die große Frage. Der Sozialist hat alle Veranlassung, die Lage zu sehen, wie sie ist, und sich auf die Seite der Arbeit für die Zukunft zu stellen." [89])

Auch die Denkschrift der Spitzenorganisation der deutschen Gewerkschaften erklärt:

„Daher ist innere Kapitalbildung für das natürliche Wachstum der Wirtschaft notwendig und als Vorbereitung besserer Güterversorgung unerläßlich. . . . Der Kapitalbildung der unteren Einkommensschichten, der Sozialversicherung und der öffentlichen Hand kommt steigende Bedeutung zu." [90])

Dr. Jakob Marschak berichtet über die Lohndiskussion der letzten 5—6 Jahre folgendes:

„Die Spartätigkeit bzw. Kapitalbildung rückte immer mehr in den Vordergrund der Diskussion . . . Mit anderen Worten: es wurde anerkannt, daß gesteigerte Kapitalbildung einen Weg zur Überwindung der Arbeitslosigkeit eröffnen würde." [91])

Marschak berichtet: Die Gewerkschaften, sowie gewisse Kreise der Wirtschaft erkennen nun die Gründe, die die Kapitalbildung als erforderlich erscheinen lassen, an; eine in gewerkschaftlichen Kreisen übliche Formulierung besage etwa, daß auch in der sozialistischen Wirtschaft die Schaffung von Rücklagen zur Erweiterung und Verbesserung der Anlagen bzw. zur Sicherung des volkswirtschaftlichen Fortschritts notwendig sei.

„Immerhin darf festgestellt werden, daß für die konkrete wirtschaftspolitische Situation der Jahre 1929/30 die

[89]) Sozialistische Monatshefte, November 1929.

[90]) Wirtschaftslage, Kapitalbildung, Finanzen, S. 22—32.

[91]) Marschak, Die Lohndiskussion, Tübingen 1930, S. 21.

Zustimmung zur Forderung verstärkter Kapitalbildung eine allgemeine wurde; ihre politisch deutlichste Form erhielt diese Zustimmung in der finanzpolitischen Haltung der Sozialdemokratie, die eine Erhöhung gewisser Massenverbrauchssteuern und eine Reform der das Kapital und die höheren Einkommen belastenden Steuern mit dem Zwecke der Sparförderung im großen und ganzen, wenn auch nicht ohne Widerspruch in den eigenen Reihen, akzeptierte.“ [92])

Zwischen dem Kaufkraftargument und dem Sparargument besteht zweifelsohne ein Widerspruch.

Das Kaufkraftargument verlangte hohe Löhne zum Zwecke der Erhöhung des Massenkonsums. Das Sparargument dient dazu, die von Unternehmerseite erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen, die besagen: Die hohen Löhne entsprechen nicht der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, die hohen Löhne höhlen die Wirtschaft aus, entziehen der Wirtschaft die Kapitalbasis, das deutsche Volk lebt über seine Verhältnisse.

Die Gewerkschaftsführer erwiderten: Es ist nicht wahr, daß die hohen Löhne unproduktiv verwendet werden. Die Lohngelder fließen als Spareinlagen in die Wirtschaft zurück. Hohe Löhne fördern so die Kapitalbildung.

Entweder ist das eine richtig, oder das andere. Die beiden Wirkungen schließen sich aus.

Entweder werden die erhöhten Löhne nicht gespart, sondern zu vermehrten Ausgaben verwendet, dann erhöht sich die Warennachfrage; oder die erhöhten Löhne werden nicht ausgegeben, sondern gespart, dann bewirken sie keine Belebung der Nachfrage, sondern eine Verflüssigung des Geldmarktes.

Die Gewerkschaftstheoretiker hüten sich, hier eine klare Antwort zu geben. Sie wollen nicht auf den Vorteil verzichten, jederzeit ein der Konjunkturlage angepaßtes Argument zur Hand zu haben.

„Es wird häufig geltend gemacht — sagt Marschak — daß die Gewerkschaften, indem sie sich auf das Sparargument einlassen, dadurch zugleich das Kaufkraftargument preisgeben; ein Vergleich der Diskussion von 1929/30 und der von 1927 scheint das zu bestätigen.“ [93])

Marschak ist nicht der Ansicht, daß das eine Argument das

92) Marschak, a. a. O., S. 21.
93) Marschak, a. a. O., S. 35.

andere ausschließt; er meint, es handle sich nur um eine „Tonverschiebung", die in den „Wandlungen der jeweils aktuellen Problematik" begründet sei.

Die Tatsache, daß sich die verschiedenen Argumente völlig widersprechen, ergibt sich daraus, daß die Argumente nicht Ausflüsse theoretischer Erkenntnis sind, sondern daß umgekehrt die Theorie apologetisch in den Dienst opportunistischer Interessenpolitik gestellt wird.

Dessen scheint sich auch Marschak bewußt zu sein, wenn er sagt:

> „Die Wechselfolge der Argumente, die . . . (in der Lohndiskussion der letzten Jahre) nacheinander aufgetreten sind, war weniger durch den Gang logischer Annäherung an die Wahrheit als durch den Gang der Konjunktur beeinflußt." [94])

b) Wert- und Preistheorien.

1) Der Ausgangspunkt.

Dem Leser, der den Gang der Marx'schen Analyse vor Augen hat, könnte es vielleicht auffallen, daß in dieser Arbeit die Werttheorie erst im Anschluß an die Lohntheorie behandelt wird. Diese Aufeinanderfolge ist jedoch durch die Methode der sozialdemokratischen Theorie selbst gegeben.

Während Marx von einer eingehenden Analyse der Ware ausgeht, in der sein Wertgesetz des Lohnes bereits impliziert ist, ist das Vorgehen der sozialdemokratischen Theoretiker umgekehrt.

Die Wert- und Preistheorien der Sozialdemokratie haben ihren Ausgangspunkt nicht in der theoretischen Analyse. Ausgangspunkte sind vielmehr einerseits die reine Empirie der Lohn- und Preisgestaltung, andererseits vor allem die praktischen Gegebenheiten, Wünsche und Forderungen der Lohnpolitik. Die auf diese Weise entwickelten Lohn- und Preistheorien werden sodann in ein Wertschema eingeordnet.

Wir haben bereits gesehen, daß die Marx'sche Analyse sich für diesen Zweck als ungeeignet erwiesen hat. Die sozialdemokratischen Lohntheorien sind mit dem Marx'schen „Wert der Ware Arbeitskraft" unvereinbar. Konsequente Sozialdemokraten haben

[94]) Marschak, a. a. O., S. 5/6.

erkannt, daß die Produktivitätslehre des Lohnes nicht in den Rahmen der objektiven Werttheorie einfügbar ist, und haben sich daher auf den Boden der subjektiven Werttheorie und der Grenznutzentheorie gestellt.

2) Die Verneinung der Wertlehre.

Die Machttheorie des Lohnes dagegen muß, zu Ende gedacht, zu einer Verneinung der Wertlehre überhaupt führen. Wir sehen daher, wie die sozialdemokratische Theorie dahin tendiert, die Wertlehre durch die Preislehre zu ersetzen und sich damit modernen bürgerlichen Theorien nähert, die vom „Irrwahn der Wertlehre" sprechen und anstelle des Wertes nur noch Preise gelten lassen wollen.

Die obenerwähnte Verwandlung der ökonomischen Kategorien in politische bedeutet, daß die Sozialdemokratie die Nationalökonomie nicht als eine Lehre der ökonomischen Kausalitäten betrachtet, sondern als eine politische Wissenschaft. In der sozialdemokratischen Theorie gibt es politische Preise, politische Löhne, einen politischen Wert des Geldes, die Krisen werden nicht auf endogene Ursachen, sondern auf Fehler der Politik zurückgeführt usw.

Es erhebt sich die Frage, ob diese Politisierung der ökonomischen Kategorien noch Raum für eine ökonomische Theorie läßt, denn politische Willkür kann schwerlich das Objekt einer ökonomischen Wissenschaft sein.

Eine Sonderstellung nimmt in der sozialdemokratischen Werttheorie Hendrik de Man ein.

De Man verlangt „Ausscheidung alles Werttheoretischen aus der Ökonomie"; die Zusammenhänge zwischen Lohn, Preis, Profit, Arbeitszeit, Produktivität usw. seien auf induktivem Wege zu erforschen. Werttheorie sei nur denkbar als Theorie der subjektiven Wertungen, die nur psychologisch zu ergründen sind.

> „Der Werttheorie hat deshalb in der Ist-Ökonomie die Preistheorie, in der Soll-Ökonomie die Bedürfnistheorie, die die ethischen Forderungen und Rechtsansprüche einschließt, voranzugehen."

Der Lohn sei nicht ökonomisch durch Wert- und Preisgesetze bestimmt, kein unmittelbarer Wertausdruck, wie der Preis einer Ware, sondern „das Geldresultat eines Wertungskonfliktes". [95])

[95]) Hendrik de Man, Antwort an Kautsky, 1927, S. 21/22.

3) Die objektiv-subjektive Wertlehre.

Diejenigen sozialdemokratischen Theoretiker, die sich der Grenznutzenlehre nähern, versuchen, diese irgendwie mit der Kostenwertlehre zu verbinden.

Dieser Versuch ist nicht neu; er wurde zuerst von Dietzel gemacht und seitdem unter den verschiedensten Gesichtspunkten wiederholt.

In der Sozialdemokratie erstreben insbesondere Lederer und Landauer die Synthese der beiden Wertlehren.

Landauer geht von der These aus, daß der Wert aus dem Nutzen erklärt werden müsse. Nun ist aber der Nutzen für jedes Individuum verschieden, während der Marktpreis einheitlich, eine objektive Größe ist. In welcher Weise bestimmen die einzelnen Wertschätzungen den einheitlichen Marktpreis? Landauer gelangt zu der Lösung, daß es der gesellschaftliche Grenznutzen ist, der den Marktpreis bestimmt.

Sein Gedankengang ist folgender:

Der einheitliche Marktpreis, zu dem alle Tauschakte sich vollziehen, muß niedriger sein, als die Schätzung jedes Käufers — denn sonst würde dieser ja nicht kaufen — und höher als die Schätzung jedes Verkäufers — sonst würde dieser nicht verkaufen.

Der einheitliche Marktpreis muß also liegen: zwischen den Schätzungen jenes Käufers, der gerade noch kaufen will, und jenes Verkäufers, der gerade noch verkaufen will; mit anderen Worten: Der Preis liegt zwischen den Schätzungen des Grenzpaares.

Daß der Preis zwischen den Schätzungen des Grenzpaares liegt, heißt aber nichts anderes, als daß er zwischen den Kosten und dem Nutzen des letzten noch am Markte verkauften Stückes steht.

> „Denn die Zahl auf der Verkäuferseite, über der der Preis stehen muß, drückt ja Produktionskosten, die Zahl auf der Käuferseite drückt die letzte Schätzung des letzten Käufers aus."

Bei beliebig vermehrbaren Massengütern nun fließen die Schätzungen der Grenzpaare zusammen. „Denn die Produktion wird eben so lange ausgedehnt, bis die Kurve des Grenznutzens die Kurve der Grenzkosten schneidet. So können wir die Formel

aussprechen: Der Preis einer Ware wird nach dem gesellschaftlichen Grenznutzen bestimmt.“ [96])

c) „Wirtschaftsdemokratie“.

1) Ursprung und Ausgangspunkt der Idee.

Wir stellen dem theoretischen Material ein Zitat aus dem „Vorwärts“ voran, weil dieses, ohne wissenschaftliche Umschreibungen, klar zum Ausdruck bringt, worauf es ankommt.

> „Die Sozialdemokratie ist die Staatspartei der Republik, sie ist zugleich sozialistische Partei in einer kapitalistischen Welt. Sie kann als Staatspartei nicht allein regieren, weil sie nicht die Mehrheit hat, und selbst wenn sie die Mehrheit hätte, könnte sie nicht von heute auf morgen aus der kapitalistischen Wirtschaft eine sozialistische machen. Jede Regierung muß die Wirtschaft pfleglich behandeln; denn nur wenn die Schornsteine rauchen, gibt es Brot. Wenn die kapitalistischen Unternehmungen Bankerott machen, so bedeutet das zunächst nicht Sozialismus und Wohlergehen aller, sondern Massenarbeitslosigkeit und ungeheures Elend. Die Sozialdemokratie kann darum, den Arbeitern zuliebe, gegen die kapitalistische Wirtschaft nicht vorgehen wie der Stier im Porzellanladen oder wie der Bolschewismus in Rußland. Als grundsätzliche Gegnerin der kapitalistischen Wirtschaft muß sie doch — eben weil sie eine wirkliche Arbeiterpartei ist — mit den zunächst gegebenen Tatsachen rechnen. Ja, sie muß, wenn sie nicht die Arbeiter einem ungewissen Schicksal überantworten will, auch innerhalb der kapitalistischen Formen für Fortgang und Aufstieg der Produktion Sorge tragen.“ [97])

Der Artikel enthält ein deutliches Bekenntnis zu der im Jahre 1918 durch die Stinnes-Legien'schen Zentralarbeitsgemeinschaften eingeleiteten Politik der Aussöhnung mit dem bürgerlichen Staat und der kapitalistischen Wirtschaft.

Zwar bezeichnet sich die Sozialdemokratie in dem Artikel und anderweitig noch als sozialistische Partei, doch führende So-

---

[96]) Carl Landauer, Das Wesen der Wirtschaft, Berlin 1928. S. 36/40.

[97]) Aus einem Artikel „Bekenntnis zum Staat“, im „Vorwärts“ vom 27. März 1930.

zialdemokraten sind sich sehr bald darüber klar geworden, daß der Zwiespalt zwischen der alten Idee des Sozialismus und der praktischen Politik der Nachkriegsjahre auf die Dauer zu Unzuträglichkeiten führen muß. Es treten daher Bestrebungen auf, eine neue Ideologie zu schaffen, der Arbeiterschaft anstelle der „geplatzten Illusion" des Sozialismus ein neues Ideal zu geben, das mit der Politik der Sozialdemokratie in Einklang steht.

Als solch neues Ideal wurde im Jahre 1925 auf dem Gewerkschaftskongreß in Breslau erstmalig die „Wirtschaftsdemokratie" proklamiert.

> „Jeder von uns weiß nun, wenn er sich die Entwicklung der letzten Jahre ansieht, daß im Seelenleben der deutschen Arbeiterbewegung etwas gebrochen ist. Eine Illusion ist geplatzt. Das, woran man Jahrzehnte lang geglaubt hat, wenigstens in den Massen, indem man meinte, an dem Tage, an dem man die politische Macht erringen würde, werde es ein Kinderspiel sein, die letzten Ziele unserer Bewegung zu verwirklichen, ist nicht in Erfüllung gegangen. . . . Es ist schon notwendig, zu fragen, ob das so bleiben muß, ob wir nicht in unsere Arbeiterbewegung und ganz besondern in unsere Gewerkschaftsbewegung eine Ideologie hineinbringen können, an die die Massen glauben können, ein Ideal! — die Wirtschaftsdemokratie!" [98])

2) Wirtschaftsdemokratie und Sozialismus.

Tarnow will also die Idee des Sozialismus durch die Idee der Wirtschaftsdemokratie ersetzen. Dies schien indessen den meisten sozialdemokratischen Theoretikern zu weit zu gehen. Man gelangte zu der Ansicht, daß es politisch-agitatorisch unzweckmäßig sei, sowohl den Begriff des Sozialismus wie den der Wirtschaftsdemokratie allzu streng zu fassen.

Der Begriff „Wirtschaftsdemokratie" wurde als Schlagwort für die Gegenwartsaufgaben der sozialdemokratischen Politik geeignet befunden.

Als der Sozialdemokrat Prof. Hermberg den Begriff „Wirtschaftsdemokratie" einer eingehenden Analyse unterzog und zu dem Resultat kam, daß eine wirkliche Wirtschaftsdemokratie eigentlich mit dem Kapitalismus unvereinbar sei und daß man von

[98]) Tarnow auf dem Breslauer Kongreß des ADGB, 1925.

Wirtschaftsdemokratie erst nach Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln sprechen könne, stieß er mit dieser Auffassung in der Sozialdemokratie auf allgemeine Ablehnung.

Der Breslauer Gewerkschaftskongreß hatte den Begriff der Wirtschaftsdemokratie als Idee und Schlagwort zur Entstehung gebracht. Nicht ohne Absicht war die Fassung zunächst allgemein und vage. Handelte es sich doch weniger darum, ein reales Programm, als vielmehr einen sozialen Mythos zu schaffen. Die Diskussion, die sich alsbald um den Begriff „Wirtschaftsdemokratie" entfesselte, führte jedoch zu so auseinandergehenden Auffassungen, insbesondere über das Verhältnis von Wirtschaftsdemokratie und Sozialismus, daß eine genauere Begriffsbestimmung und Konkretisierung unumgänglich wurde.

Auf dem Kieler Parteitag 1927 und auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß 1928 wird nun die Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis zwischen Wirtschaftsdemokratie und Sozialismus gegeben.

Naphtali charakterisierte die verschiedenen Auffassungen dahin, daß die einen sagten, von Wirtschaftsdemokratie könne überhaupt erst in einer sozialistischen Wirtschaft gesprochen werden, während die anderen bei der Wirtschaftsdemokratie Aufgaben im Auge hatten, die im bestehenden kapitalistischen System durchzuführen seien.

Weder das eine, noch das andere ist richtig, sagt Naphtali. Die Wahrheit liege in der Mitte. Die Wirtschaftsdemokratie sei weder ein Zustand, der erst im Sozialismus erreicht ist, noch eine rein auf kapitalistischem Boden zu führende Politik, sondern die Wirtschaftsdemokratie sei ein Weg, nein d e r Weg, der einzig mögliche Weg zum Sozialismus.

Mit der Proklamierung des neuen Ideals der Wirtschaftsdemokratie werde das alte Ideal des Sozialismus nicht aufgegeben. Sozialismus sei als das Fernziel, Wirtschaftsdemokratie als das Nahziel zu betrachten.

Die Wirtschaftsdemokratie sei eine vorübergehende Etappe, ein Übergangsstadium zum Sozialismus.

Der Weg zum Sozialismus könne nur schrittweise über die Demokratisierung der Wirtschaft führen.

> „In der Periode, als der Kapitalismus noch völlig frei war, schien keine andere Alternative für den unorganisierten Kapitalismus denkbar zu sein, als die sozialistische Or-

ganisation der Wirtschaft im ganzen; es schien deshalb hoffnungslos und also zwecklos, etwas an der Despotie des kapitalistischen Systems ändern zu wollen. Bis die gewaltige Umwälzung der gesamten Gesellschaftsordnung stattfindet, muß alles bleiben, wie es ist — so war die gegebene Einstellung. Dann stellte sich allmählich heraus, daß die Struktur des Kapitalismus selbst veränderlich ist, und daß der Kapitalismus, bevor er gebrochen wird, auch gebogen werden kann.“ [99])

Der Zusammenhang von Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie wird folgendermaßen ausgedrückt:

„Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie sind als Endziel untrennbar miteinander verknüpft. Es gibt keine vollendete Wirtschaftsdemokratie ohne sozialistisches Wirtschaftssystem, und das Ideal des Sozialismus ist ohne demokratischen Aufbau der Wirtschaftsführung nicht zu verwirklichen. Wenn trotz dieser Einheit des Endzieles die Idee der Wirtschaftsdemokratie innerhalb der sozialistischen Gedankenwelt sich ausbreitet, so deshalb, weil mit ihr neue konkrete Vorstellungen über den Weg zur Verwirklichung der neuen Gesellschaftsstruktur verbunden sind.“

Das Ziel des Sozialismus sei in der modernen Arbeiterbewegung unverändert lebendig geblieben, lediglich die Vorstellungen vom Wege, der zu diesem Ziel führt, hätten sich mit dem Wachstum der Bewegung und der Wandlung des Kapitalismus verändert. Sozialreform statt sozialer Revolution! Jeder kleine Fortschritt der Demokratisierung der Wirtschaft sei zugleich ein Baustein für den Sozialismus.

Im selben Sinne äußert sich Nölting in seinem Lehrbuch.

Wirtschaftsdemokratie sei nicht mehr reiner Kapitalismus und noch nicht sozialistische Wirtschaft. Zwischen Kapitalismus und Sozialismus liege ein Übergangsland, das in politischer Hinsicht charakterisiert sei durch die dem Gegner zugunsten der Arbeiterschaft abgezwungene Anteilnahme an Staatsregierung und Staatsverwaltung, in ökonomischer Hinsicht durch Errichtung der Wirtschaftsdemokratie, in rechtlicher Hinsicht durch soziales Arbeitsrecht. In seinem Verwitterungsprozeß durchsetze sich der

[99]) Wirtschaftsdemokratie, ihr Wesen, Weg und Ziel, herausgegeben im Auftrag des ADGB von F. Naphtali, Berlin, 1928, S. 10—16.

Kapitalismus mit sozialistischen Elementen. „Wirtschaftsdemokratie" müsse in dieser Periode die Parole lauten. [100])

Mit der Betonung des sozialistischen Charakters der Wirtschaftsdemokratie suchen die sozialdemokratischen Theoretiker offenbar den in den Arbeitermassen verwurzelten antikapitalistischen und sozialistischen Gefühlen Rechnung zu tragen. Es wird hier der Versuch gemacht, den Zwiespalt zwischen der kapitalistischen Gegenwart und der sozialistischen Zukunft auf die Weise zu überbrücken, daß die bestehende Form des Nachkriegskapitalismus als „Weg zur Verwirklichung des Sozialismus" bezeichnet wird.

3) Wirtschaftsdemokratie und „Organisierter Kapitalismus".

Die Theorie der Wirtschaftsdemokratie hängt zusammen mit der Theorie des organisierten Kapitalismus.

In der Denkschrift des ADGB ist dieser Zusammenhang etwas widerspruchsvoll abgeleitet.

> „Diese Durchorganisierung des Kapitalismus, diese fortschreitende Entwicklung von der freien Konkurrenz zur planmäßigen Produktionsgestaltung mit dem Ziel der monopolistischen Marktgestaltung hat an sich gewiß nichts mit einer Demokratisierung der Wirtschaft zu tun . . .
>
> Im Gegenteil, es findet hier eine kapitalitische Zusammenballung der Macht statt, die an sich geeignet ist, die autokratische Stellung des Unternehmertums noch viel schärfer in Erscheinung treten zu lassen, als es in der Periode der freien Konkurrenz der Fall war. . . . Aber trotzdem, und obwohl es uns fernliegt, den hochkapitalistischen Charakter der neuen Organisationsformen verschleiern zu wollen, glauben wir, daß letzten Endes von dieser Entwicklung zum organisierten Kapitalismus ein großer Antrieb in der Richtung der Demokratisierung der Wirtschaft ausgehen wird und bereits auszugehen beginnt." [101])

„Organisierter Kapitalismus" ist die Bezeichnung des Nachkriegskapitalismus durch die sozialdemokratische Parteitheorie.

---

[100]) Nölting, Einführung . . . , S. 216.

[101]) a. a. O., S. 29 ff.

Diese Bezeichnung gründet sich darauf, daß der Kapitalismus in der Tat eine Strukturwandlung vollzogen hat, vom Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus, vom Individualismus zum zum Kollektivismus bzw. Gruppenindividualismus, oder wie man dies sonst ausdrücken mag.

Die Tatsache dieser Strukturwandlung ist in der Wissenschaft unbestritten. Die Charakterisierung und Einschätzung dieser Strukturwandlung durch die Sozialdemokratie dagegen ist durchaus eigenartig.

Hilferding trat mit der Theorie des „Organisierten Kapitalismus" zum ersten Mal im Geleitwort zur ersten Nummer der „Gesellschaft" im Jahre 1924 hervor. Ausführlich kam er in einem Referat auf dem Kieler Parteitag 1927 darauf zu sprechen.

Sein Gedankengang ist folgender:

Zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus liegt eine Transformationsperiode, ein Zeitabschnitt des friedlichen Übergangs. An die Stelle des Kapitalismus der freien Konkurrenz, der durch das Walten blinder Marktgesetze bestimmt war, tritt der „organisierte Kapitalismus". Es wächst die bewußte Ordnung und Lenkung der Wirtschaft, die Anarchie des Kapitalismus wird überwunden.

> „Organisierter Kapitalismus bedeutet . . . den prinzipiellen Ersatz des kapitalistischen Prinzips der freien Konkurrenz durch das sozialistische Prinzip planmäßiger Produktion." [102])

Die Unstetigkeit der kapitalistischen Produktionsverhältnisse vermindert sich, die Krisen oder wenigstens deren Rückwirkung auf die Arbeiter werden gemildert. Planmäßige Verteilung von neuen Investitionen durch die großen Trusts, planmäßige Kreditregulierung durch die Großbanken und eine dementsprechende Geldpolitik der Zentralbank sind die Methoden des organisierten Kapitalismus.

Das Arbeitsverhältnis wird gleichfalls modifiziert. Es erhält stetigeren Charakter, die Arbeitslosigkeit wird weniger drohend, ihre Folgen weniger empfindlich. Die Gewerkschaften hören auf nur Organe der Sozialpolitik zu sein und werden Träger einer demokratischen Produktionspolitik.

Die fortschreitende Organisation der Wirtschaft durch das

---

[102]) Protokoll des Kieler Parteitages der SPD 1927, S. 168.

organisierte Kapital ist aber bereits der Übergang zum Sozialismus.

Es handelt sich nur noch darum, die von den Kapitalisten organisierte und geleitete Wirtschaft unter die Kontrolle der Gesellschaft, d. h. der „einzig bewußten und mit Zwangsgewalt ausgestatteten Organisation der Gesellschaft", des demokratischen Staates, zu stellen.

Der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Leipart veröffentlicht im Jahre 1928 eine kleine Schrift „Auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie".

Leipart knüpft an die von Hilferding in seinem Kieler Referat gegebene Definition der Wirtschaftsdemokratie als „die Unterordnung der wirtschaftlichen Privatinteressen unter das gesellschaftliche Interesse" an, und sagt, das sei doch durchaus schon im Kapitalismus möglich. Die Reichsverfassung liefere bereits die organisatorischen Voraussetzungen für die „Selbstverwaltung der Wirtschaft". [103])

> „Was ich in erster Linie unter Wirtschaftsdemokratie verstanden wissen möchte, ist, ganz allgemein gesprochen, die Durchführung des Artikels 165 der Reichsverfassung, wonach die Arbeiter und Angestellten und ihre Organisationen dazu berufen sind, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern nicht nur an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern auch an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken." [104])

Man könnte sich fragen, wozu eigentlich der Sozialismus erstrebt werden soll, wenn bereits im Kapitalismus die Interessen der Arbeiterschaft so weitgehend erfüllt werden, wie Leipart es darstellt. Tatsächlich tritt bei Leipart der Sozialismus vollständig in den Hintergrund.

> „Ist Wirtschaftsdemokratie . . . im Grunde genommen nicht dasselbe wie die früher viel besprochene Planwirtschaft?" [105])

Leipart stützt sich nun auf Hilferding. [106])

„In seiner schon erwähnten Kieler Rede hat Hilferding

---

[103]) Leipart, a. a. O., S. 5.
[104]) a. a. O., S. 15.
[105]) a. a. O., S. 7.
[106]) a. a. O., S. 7.

davon gesprochen, daß wir die alte privatkapitalistische Wirtschaft überhaupt nicht mehr haben, sondern schon einen organisierten Kapitalismus. Er sagte, dieser organisierte Kapitalismus bedeutet den prinzipiellen Ersatz des kapitalistischen Prinzips der freien Konkurrenz durch das sozialistische Prinzip planmäßiger Produktion."

Der „organisierte Kapitalismus" werde zur Wirtschaftsdemokratie, sobald er der Kontrolle des „demokratischen Staates" unterstellt sei und Gewerkschaftsvertreter „an der Wirtschaftsführung beteiligt" seien.

> „Der Inhalt des Begriffs Wirtschaftsdemokratie ist für uns in erster Linie, daß die Wirtschaft nicht länger Privatangelegenheit der Unternehmer sein soll, sondern eine öffentliche Angelegenheit, die das ganze Volk angeht. Wirtschaftsdemokratie in unserem Sinne bedeutet den Kampf der Alleinherrschaft der Unternehmer in der kapitalistischen Wirtschaft." [107])

Leipart zitiert dann Nölting, der „Wirtschaftsdemokratie" dadurch mit dem Sozialismus zu vereinigen sucht, daß er sie als ein Übergangsstadium zur sozialistischen Wirtschaft auffaßt. [108]) Leipart passiert das Versehen, daß er unmittelbar darauf „zur Bekräftigung dieser Auffassung" darauf hinweist, daß die Wirtschaftsdemokratie „nicht nur von uns, die wir auf dem Boden des Sozialismus stehen, sondern auch von solchen Personen und Gruppen gefordert wird, von denen wir wissen, daß sie von vornherein sozialistische Ideen ablehnen". (Die christlichen, „wirtschaftsfriedlichen" und nationalen Gewerkschaften, sowie gewisse Unternehmergruppen). Leipart scheint sich nicht des Widerspruchs bewußt zu sein, der darin liegt, daß die „Wirtschaftsdemokratie", wenn sie wirklich ein „Weg zum Sozialismus" wäre, nicht von antisozialistischen Richtungen gefordert werden könnte.

4) Heimanns Theorie der Sozialpolitik.

Eduard Heimann hat eine Theorie der Sozialpolitik oder Sozialreform geschaffen, die sich als eine Ergänzung der Theorien der Wirtschaftsdemokratie darstellt.

Heimann geht davon aus, daß der Kern und das Wesen der

---

[107]) a. a. O., S. 9.

[108]) a. a. O., S. 14.

Arbeiterbewegung, bzw. des Sozialismus die „Verwirklichung des Prinzips der Arbeitswürde" ist, die der Kapitalismus verweigerte. Der Sozialpolitik breche aus dem System der privaten Herrschaft einen Block nach dem anderen heraus. Sie baue in das System der Erniedrigung zum Ding die Rechte des arbeitenden Menschen ein und höhle eben dadurch das kapitalistische System aus.

> „Das geschieht aus ganz unsystematische Weise, eben Stück um Stück, auch nicht erst seit der Staatsumwälzung, die nur einen Auftrieb lieferte, sondern genau ebenso lange, als es eine Arbeiterbewegung gibt. In der Sozialpolitik findet sie von vornherein den Ausdruck ihres Wesens." [109])

Es erscheint allerdings anfechtbar, wenn Heimann jegliche Sozialpolitik, also z. B. auch die Bismarck'sche Sozialpolitik des Kaiserreiches, als „Ausdruck und Wesen der Arbeiterbewegung" auffaßt. Es ist bedenklich, einer wirtschaftlichen Maßnahme einen absoluten und immanenten Sinn zuzuschreiben. Sozialpolitik beispielsweise kann ebensosehr ein Mittel zur Sozialisierung, wie ein Mittel zur Abwendung des Sozialismus sein.

Indem die Sozialpolitik in den Kapitalismus den ihm wesensfremden, ja wesensfeindlichen Grundsatz der Arbeitswürde einbaue, werde der Kapitalismus selbst verändert und aufgehoben.

Darum bestehe zwischen Sozialpolitik und Sozialisierung keinerlei Unterschied nach der sozialen Intensität.

> „Vielmehr wird die Abschaffung des Privateigentums, der privaten Verfügungsgewalt, gerade an der Arbeit als dem wichtigsten Produktionsmittel heute eben durch die Sozialpolitik fortschreitend vollzogen, und indem zunächst die Arbeit aus der Rolle des Sacheigentums befreit wird, ist auch das verbleibende Privateigentum an den Sachgütern bereits in der Einschrumpfung begriffen."

Heimann freut sich, hier eine „volle Übereinstimmung" mit der Gewerkschaftsschrift über „Wirtschaftsdemokratie" ausdrükken zu können.

5) Inhalt und Methode der Wirtschaftsdemokratie.

Begrifflich wird die „Wirtschaftsdemokratie" aus einer Gegenüberstellung zur „politischen Demokratie" abgeleitet. Die politische Gleichberechtigung und Mitbestimmung der Arbeiterschaft

[109]) E. Heimann, Kapitalismus und Sozialismus, Potsdam 1931. S. 181.

müsse ergänzt werden durch Gleichberechtigung und Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft.

Auf zwei Wegen sei die Demokratisierung der Wirtschaft durchzusetzen. Einmal durch die staatliche Gesetzgebung und Verwaltung. Auf der anderen Seite durch unmittelbare Beteiligung von Arbeitervertretern an der Wirtschaftsführung, die zwar staatlich sanktioniert sein muß, aber ohne den Umweg über den Staat erfolgt.

Keime der Wirtschaftsdemokratie werden in folgenden Institutionen erblickt:

1. Staatskontrolle und Beteiligung von Arbeitervertretern an den monopolistischen Verbänden. (Beispiel: Kohlen- und Kalibergbau).
2. Öffentliche Betriebe des Reiches, der Länder und Gemeinden.
3. Arbeiter-Konsum-Genossenschaften.
4. Gewerkschaftsunternehmungen. (Arbeiterbank, Baugenossenschaften).
5. Landwirtschaftliche Genossenschaften.
6. Tarifvertragswesen. Organisierung des Arbeitsmarktes.
7. Demokratisierung des Bildungswesens.

Der Ausbau dieser Ansätze bedeute die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie.

6) Wirtschaftsdemokratie und Staatsbejahung.

Mitarbeit an der kapitalistischen Wirtschaft und Staatsbejahung bedingen sich wechselseitig. In der Theorie der Wirtschaftsdemokratie liegt ein neuer Ausgangspunkt für die positive Stellung zum Staat.

Die „Demokratisierung der Wirtschaft" soll ja gerade auch die Kontrolle des „Demokratischen Staates" über die „kapitalistische Willkür" erreicht werden.

Voraussetzung dafür ist natürlich, daß der Staat den Kapitalisten entzogen und vom Volke beherrscht wird. Denn wie könnte ein kapitalistischer Staat die kapitalistische Wirtschaft „demokratisieren"?

Der Gewerkschaftler Richard Seidel beschäftigt sich in einem Aufsatz „Staatsverneinung — Staatsbejahung" mit dieser Frage.[110])

Gegenwärtig liege die Herrschaft im Staat zwar noch vorwiegend in den Händen der Kapitalistenklasse, weil sie sozial mächtiger sei als die Arbeiterklasse. Können wir aber — fragt Seidel — den Staat darum ablehnen, weil er von Klassen beherrscht wird, zu denen wir gerne gehören würden? Nein, diese Begründung dürfte nicht genügen. Für die Arbeiterklasse ergebe sich aus dieser Situation vielmehr die Aufgabe, ihren Einfluß in Staat und Gesellschaft unermüdlich zu steigern, um den Kapitalisten so lange Konzessionen abzuringen, bis der Staat sich aus einem bürgerlichen in einen Arbeiterstaat verwandelt hat.

Seidet findet dann folgende Formel für die Stellung zum Staat: wir bekämpfen den Staat, so weit er kapitalistisch ist, wir bejahen ihn da, wo er den Arbeitern „Konzessionen" macht.

Seidel schließt dann triumphierend: diese Formel führte zu der Erkenntnis,

> „daß wir keinen Grund haben, bei der verbitterten und unproduktiven Vorstellung, unsere sozialistische Überzeugung nötige uns zu einer grundsätzlichen Staatsverneinung, zu beharren. Sondern, daß wir im Gegenteil jeden neuen Grund zu einer positiven Haltung zum Staate mit ungetrübter Freude begrüßen — uns selbst und unseren Gegnern — diese positive Haltung freimütig eingestehen können."

Zu derselben Konsequenz kommen zwei andere sozialdemokratische Gewerkschaftler.

Tarnow auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß:

> „Wirtschaftsdemokratie fordern heißt, in einem demokratischen Staat mitarbeiten! Die Verbundenheit der Gewerkschaftsbewegung mit dem Staat, die Bejahung des Staats, das ist durch unsere Forderung nach wirtschaftlicher Demokratie ganz wesentlich unterstrichen worden." [111])

Clemens Nörpel:

> „Die staatspolitische, von hoher Verantwortung getragene Einstellung, die insbesondere die Gewerkschaftskongresse des ADGB. in Breslau 1925 und in Hamburg 1928 bekundet haben, ist die Garantie dafür, daß nicht die Gewerk-

[110]) Die Arbeit, 1926, Heft 10.

[111]) Protokoll des Hamburger Gewerkschaftskongresses 1928, S. 211.

schaften es sein werden, die die Autorität des Staates untergraben.“ [112])

„Wie Hilferding in Kiel den Stand der Entwicklung der Wirtschaftsordnung einer eingehenden Betrachtung unterwarf, um Konsequenzen für die politische Taktik im Sinne einer positiven Haltung zum Staatswesen der Gegenwart zu knüpfen, so bekannte Leipart sich in Hamburg mit bewußter Unverblümtheit zu einer Politik der praktischen Mitarbeit in der Regierung.“ [113])

---

[112]) Gewerkschaftszeitung, Februar 1929 № 57.

[113]) Richard Seidel in einem Resumée des Kieler Parteitages und des Hamburger Gewerkschaftskongresses. (Die Gesellschaft, 1928, 2. Bd., S. 302 ff.)

Zusammenfassung.

Die Widersprüche der sozialdemokratischen Theorie.

Die sozialdemokratischen Theorien der Nachkriegszeit stellen in ihrer Gesamtheit ein widerspruchsvolles Gebilde dar.

Die Widersprüche resultieren im Grunde aus dem Stellungswechsel, den die Sozialdemokratie im Jahre 1914 und nach dem Kriege vollzogen hat.

Die Wandlung von der sozialrevolutionären zur sozialreformerischen, von der staatsfeindlichen zur Regierungspartei, hat in der Pateitheorie noch nicht ihren adäquaten Ausdruck gefunden. Die sozialdemokratische Theorie ist vielmehr ein Ausdruck der Widersprüche dieser Entwicklung.

Die Belastung mit der marxistischen Tradition hat die Partei daran gehindert, den vollzogenen Stellungswechsel voll und offen einzugestehen. Die sozialdemokratischen Theoretiker konnten nie zu einer freien unvoreingenommenen Forschung kommen. Ihre Wissenschaft war stets von der Auseinandersetzung mit dem Marxismus überschattet. Der Marxismus wurde als System nicht fallen gelassen; er wurde statt dessen nach den jeweiligen Anforderungen der Tagespolitik korrigiert und ergänzt. Der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis konnte auf diese Weise nicht überwunden werden. Das opportunistische, ekklektische Vorgehen steigerte noch die immanenten Widersprüche der Theorie.

Da sich die Sozialdemokratie immer in einer bilateralen Abwehrstellung befand, war die sozialdemokratische Theorie vor die Aufgabe gestellt, vor allem die Politik der Partei zu rechtfertigen. Diese apologetische Orientierung bildete ein weiteres Hemmnis für die vorurteilsfreie Erkenntnis und verhinderte eine selbstkritische Klärung.

Ein wissenschaftlicher Erkenntniswert ist der sozialdemokratischen Theorie daher abzusprechen. Es bleibt die Frage nach

ihrer Bedeutung für die Staats- und Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit. Der Einfluß der wirtschaftstheoretischen Ideen auf die Politik ist gering einzuschätzen. Die geschichtlichen Notwendigkeiten haben sich auf Grund ihrer Eigengesetzlichkeit durchgesetzt. Die Theorie versuchte erst nachträglich das Geschehene in einen Sinnzusammenhang zu bringen.

Lebenslauf.

Ich wurde am 22. Oktober 1909 in Stuttgart-Cannstatt als Sohn des Ingenieurs Josef Langer und seiner Ehefrau Klara, geb. Bracegirdle geboren. Nachdem ich das Reformrealgymnasium Stuttgart bis zur Unterprimareife besucht hatte, absolvierte ich die zweijährige Höhere Handelsschule in Stuttgart. Von Mai 1929 an studierte ich drei Semester an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt a. M. Im Mai 1930 bestand ich die Sonderreifeprüfung vor dem Provinzialschulkollegium Kassel. Von Oktober 1930 an studierte ich weitere drei Semester an der Handelshochschule Berlin und unterzog mich dort im Mai 1932 mit Erfolg der kaufmännischen Diplomprüfung. Im Wintersemester 1932/33 und Sommersemester 1933 setzte ich mein Studium an der Handelshochschule Berlin fort. Im Sommersemester 1934 studierte ich an der Philologisch-Historischen Abteilung der Philosophischen Fakultät der Universität Basel und unterzog mich dort am 29. Juni 1934 der mündlichen Prüfung zur Erlangung der Würde eines Dr. rer. pol.

Ich besuchte insbesondere die Vorlesungen und Übungen der Herren Professoren Arndt, Gerloff, Großmann, Pollock, Klausing, Strupp, Hellauer in Frankfurt a. M., Bonn, Hirsch, Eulenburg, Leitner, Nicklisch, Landauer, Giesecke, Meerwarth, Briefs in Berlin, Salin, Ritschl, Mangold, Ruck, Brogle in Basel. Das Thema der Dissertation verdanke ich einer Anregung von Herrn Professor Dr. Bonn, Berlin.

Kurt Langer

Berlin, 1. August 1937.